

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 98.

Montag, den 28. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Geheim! Ganz geheim!

In den Berliner Abendblättern vom Donnerstag wird berichtet, daß am Vormittag eine Sitzung der Budgetkommission des Reichstags stattgefunden habe, in der der Reichskanzler zur Begründung der Wehrvorlage vertrauliche Mitteilungen machte.

Tatsächlich hat eine Sitzung der Budgetkommission gar nicht stattgefunden. Der Reichskanzler liebt, die Geheimnistuerei über alles bisherige Maß zu steigern. Wenn in einer Sitzung der Budgetkommission vertrauliche Mitteilungen gemacht werden, so können außer den Mitgliedern der Kommission auch andere Reichstagsabgeordnete bewohnen. Diesmal aber wollte man selbst die Reichstagsmitglieder fernhalten, und da dies ohne besonderen Beschluß des Reichstags selbst nicht möglich ist, half man sich mit der im Grunde geschäftsordnungs-widrigen Ausflucht, daß man die Mitglieder der Budgetkommission nicht zu einer Sitzung der Budgetkommission, sondern zu einer „besonderen Besprechung“ einlud!

Es wird also in den Protokollen der Budgetkommission nicht das geringste von dieser Sitzung verzeichnet bleiben. Zugleich wird aber die eigenartige Tatsache geschaffen, daß eine ordnungsmäßige Begründung der Wehrvorlage durch die Regierung überhaupt nicht erfolgt! Wir erheben Einspruch gegen dieses Verfahren, das den Mitgliedern des Reichstags, die nicht gerade Mitglieder der Budgetkommission sind, geschäftsordnungswidrig die Möglichkeit nimmt, die Mitteilungen, die der Regierung gerade sehr wichtig erscheinen, entgegenzunehmen.

Es wird mitgeteilt, daß der Reichskanzler „streng vertraulich“ Mitteilungen über die auswärtige Politik gemacht hat. Von der Regierung waren außerdem der Kriegsminister und die Unterstaatssekretäre Wahnschaffe und Zimmermann anwesend.

Es versteht sich, daß auch die sozialdemokratischen Teilnehmer der Geheimhaltung keinerlei Äußerungen über den Gang der gepflogenen Diskussionen machen können. So viel aber ist für uns unweifelhaft, daß besondere Geheimnisse ganz gewiß nicht mitgeteilt worden sind und nicht mitgeteilt werden konnten. Wir wissen aus zahlreichen früheren Fällen, was es mit dieser Heilmitteltuerei auf sich hat. Unser Parteigenosse Frank hat in seiner Rede in der ersten Lesung der Wehrvorlage schon im vornherein diese Methode satirisch verspottet, indem er meinte, man wird uns mit geheimnisvoller Miene erzählen, daß das deutsche Reich langgestreckte Grenzen und vielerlei Nachbarn habe.

Nach dem Bericht des „Lokalanzeigers“ ist in einer Geheimhaltung auch über die geschäftliche Behandlung der Wehrvorlage in der Kommission gesprochen worden. Noch am Mittwoch war allgemein im Reichstag die Meinung verbreitet, daß der Reichstag die Staatsberatung am Sonnabend vollenden und in die Pfingstpause eintreten solle. Es war beabsichtigt, daß die Budgetkommission dann am 19. Mai wieder zusammentreten und die Wehrvorlage für das Plenum vorbereiten würde. Diese Dispositionen sind aber plötzlich wieder über den Haufen gestoßen worden. In der sozialdemokratischen Presse erhob sich großer Lärm über angebliche „Verschiebung der Wehrvorlage“. Die Folge war, daß die Regierung und die bewilligungseifrigen Parteien, von denen sich hier nur die Fortschrittler sagten, die schnelle Durchpeitschung der Vorlage in der Budgetkommission sich zur Aufgabe machen wollten. Die „Germania“, das Blatt des Herrn Dr. Spahn, des Vorsitzenden der Budgetkommission, bestätigt, daß die bürgerlichen Parteien die Absicht haben, die Wehrvorlage „noch so weit als möglich vor Pfingsten zu fördern“. Der nette Plan ging dahin, das Plenum des Reichstages Ende voriger Woche in die Weimarer zu entlassen, während die Budgetkommission in Sitz- und Daueritzungen in den ersten Tagen dieser Woche die Wehrvorlage in ihren Grundlagen fertigstellen soll. Da ein solcher Arbeitsplan auch den zuvor bekanntgegebenen Absichten über den Geschäftsgang des Reichstages widerspricht, hat die Sozialdemokratie selbst keinen Grund, derartige auf Ueberumpelung und Ueberhastung der Rüstungsvermehrung abzielende Bestrebungen zu unterstützen. Wir verlangen eine gründliche Vorberatung der Wehrvorlage in der Kommission. Wir denken nicht daran, zuzulassen, daß diese einschneidende Angelegenheit Hals über Kopf im Eiltempo fertiggemacht wird. Wenn die Militärparteien dem Reichskanzler die Wehrvorlage schon vor Pfingsten sichern wollen, so mögen sie sich zunächst gefaßt machen, daß ihre ferienlustigen Mitglieder nicht Ende

dieser Woche heimwärts reisen können und daß die Kommissionsmitglieder noch manchen Tag darüber hinaus zu arbeiten haben. Baldige Pfingstferien und zugleich Durchpeitschung der Wehrvorlagen — offenbar weil man fürchtet, daß die Stimmung im Volke immer mehr abflaut! — das gibt es nicht!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Daneritzung.

Sonnabend sollte unbedingt Schluß gemacht werden. Das war die Absicht der Konservativen und all der andern militäristischen Parteien, die dem Reichstag die frühen Ferien besonders deshalb gern gönnen wollten, um der Budgetkommission noch einige volle Arbeitstage zur Beratung der Heeresvorlage zu sichern. Und sie suchten ihre Absicht zu erreichen auf Kosten einer irgendwie gründlichen Erörterung all der wichtigen Gegenstände, die in der allgemeinen Staatsberatung zur Sprache kommen mußten. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte es ab, diese Abwägung der Staatsdebatte mitzumachen. Zum größten Entsetzen eines erheblichen Teiles des Hauses hielt sie die Debatte aufrecht und ließ den Tag nicht ungenutzt vorübergehen. Sie protestierte übrigens auch ausdrücklich gegen diese wilde Heze und setzte es, trotz des Widerspruchs des Herrn Dr. Hertel und seiner Freunde durch, daß die Fortsetzung der dritten Staatsberatung auf Montag verlagert wurde.

Es war schon kennzeichnend genug, daß in der Generaldebatte nur der Genosse Keil das Wort ergriff, nicht ohne daß der präsidierende Herr Baasche erklaut war über diese Zumutung, bei einer solchen Gelegenheit überhaupt sprechen zu wollen! Die Rede des Genossen Keil zeigte aber, wenigstens keine Diskussion ihr folgte, wie ungeheuer viel zu der allgemeinen Reichspolitik zu sagen ist. Er gab eine wirksame Charakteristik der politischen Verhältnisse Deutschlands, deren Grundübel, das preußische Wahltreue mit derselben Energie bekämpft werden muß wie unsere belgischen Genossen gegen ihr Wahlrecht zu Felde gezogen sind. Die neuen Rüstungsveruche gaben Veranlassung, auf die komplizierte internationale Situation mit ihren schwierigen Aufgaben hinzuweisen, die sie uns stellt. Im Zusammenhang mit der Deckungsvorlage betonte Keil den entschlossenen Willen unserer Fraktion, sich nicht ausschalten zu lassen, vielmehr innerhalb des Rüstungswahnsinns alles zu tun, um das Volk nach Möglichkeit vor seinen Lasten zu bewahren.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes fragte Genosse Bernstein nach der Stellungnahme der Regierung gegenüber den neuen Verhältnissen, wie sie durch die Eroberung von Skutari gegeben sind. Staatssekretär v. Jagow gab darauf eine Antwort, die für die Zukunft wenig Bestimmtes voraussetzt, immerhin aber erkennen läßt, daß die deutsche auswärtige Politik entschlossen ist, die Konsequenzen der österreichischen Fehler und Sünden mit zu tragen. Der Etat des Innern brachte zuerst eine ausführliche Besprechung des oberösterreichischen Bergarbeiterstreiks durch Polen Dobek. Genosse Bernsteiner verteidigte gegenüber den Eingriffen der Verwaltung, die sich durch Entsendung von Polizei auszeichnet, das Recht auf Arbeitseinstellung. Die Genossen Schulz und Dr. Eohn berichteten über den Versuch der preußischen Polizei, absolut unpolitische Jugendversammlungen zu stören. Für die Angestellten der Berufsgenossenschaften verlangte Genosse Giebel die Aufstellung von neuen Dienstordnungen durch das Reichsversicherungsamt.

Eine ausführliche Debatte gab es noch beim Etat des Reichsheeres, dessen Beratung die beinahe neunstündige Sitzung schloß. Genosse Stücken gab einige interessante Hinweise auf die Tätigkeit des unverantwortlichen Militärkabinetts und auf die unverantwortliche Tätigkeit jener inoffiziellen Militärkamarilla, die sich beispielsweise hinter den Artikel des Lokal-Anzeigers versteckt. Besonders interessant war seine Erzählung über den veruchten Grundstücksaustrausch, von dem in den letzten Tagen ja genug geredet worden ist, und für dessen finanzielle Folgen er den Kriegsminister und den Reichskanzler verantwortlich macht. Genosse Dr. Liebknecht erwiderte bei dieser Gelegenheit auf die Polemik, die die Leitung der Firma Krupp gegen ihn versucht hatte. Er brachte auch Sonnabend neues Material bei zur Beurteilung der Tätigkeit des Rüstungskapitals, das unter patriotischen Vorwänden überall in der Welt die Völker und Staaten ausbeutet. Einem großen Teil des Hauses ist begreiflicher Weise die Aufdeckung des ganzen Skandals höchst unangenehm, und er gab sich auch die größte Mühe, die neuen Darstellungen des Genossen Liebknecht durch ganz unangebrachte Zwischenrufe und durch ein Lachen zu stören, das nur verrät, wie gleichgültig im Grunde diesen Par-

teien die Wahrung wirklich vaterländischer Interessen ist. Der Kriegsminister fühlte sich durch diese Geistesverfassung namentlich der Rechten offenbar ermutigt, gegen die Sozialdemokratie — der er nach vernünftigen Grundsätzen die Enthüllung skandalöser Mißbräuche danken müßte! — absolut ungehörige Bemerkungen zu machen, die bei der sozialdemokratischen Fraktion stürmische Entrüstung hervorriefen und dem Herrn v. Heeringen eine in ihrer Schärfe wohlverdiente Antwort des Genossen Haase eintrug.

Zu erwähnen ist noch, daß alle Veruche der Rechten und auch eines Teils des Zentrums, die in der zweiten Lesung gestrichenen Positionen wieder herzustellen, keine Mehrheit fanden, obwohl — oder zum Teil gerade deshalb? — der Kriegsminister selbst sich öfter für sie betätigte. Es bleibt bei den Niederlagen des Herrn von Heeringen!

Am Montag findet also trotz allem Sträubens der allzuerienlustigen Rechten die Fortsetzung und möglicherweise noch Schluß der Etatsberatung statt.

Wieder ein beanstandetes Reichstagsmandat.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages beschloß, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Keil im Wahlkreis Syd auszusprechen und über die behaupteten Unregelmäßigkeiten Beweis zu erheben. Die Wahl dieses Abgeordneten ist vorzugsweise durch Spendung von Schnaps zustande gekommen, und Liberale und Konservative, die beide Protest und Gegenprotest eingereicht haben, streiten sich nun darum, wer den Wählern den meisten Schnaps gespendet hat.

Ultramontane Anwälte als Rüstungsinteressenten.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ erhob ein Krupp-Basall aus Anlaß der neuesten Krupp-Affäre die Forderung: die Firma Krupp möge aus ihrer bisher beobachteten „vornehmen politischen Neutralität“ heraustreten. Wenn beispielsweise Herr Krupp v. Böhlen und Halbach oder einer seiner höheren Beamten im Reichstage gesessen hätte, so wäre es ein Leichtes gewesen, die Liebknechtschen Behauptungen zu widerlegen! Die Essener „Volkszeitung“, das führende Zentrumsorgan im Ruhrgebiet, gerät über diesen Vorschlag in große Aufregung, vermutlich fürchtet sie, der Kruppische Reichstagskandidat könnte sich, was ja nahe liegt, den Essener Kreis anschauen, der gegenwärtig im Besitze des Zentrumsabgeordneten Giesberts ist. Das Blatt sucht deshalb der Firma Klar zu machen, daß sie sich gar nicht selbst zu bemühen brauche, was zur Verteidigung notwendig ist, das besorgt auch — Giesberts! Hören wir das Angebot des Zentrumsblattes:

„Ein Vertreter der Firma Krupp soll Mitglied des Reichstags werden. Warum nicht? Nur soll es gerade nicht als Vertreter von Essen sein und ferner darf es nicht ermöglicht werden durch Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Wahlfreiheit. Aber auch jetzt hat nichts im Wege gestanden, daß die Firma im Reichstage verteidigt wurde. Es braucht nur der gegenwärtige Vertreter Essens, Herr Abg. Giesberts, von der Firma mit dem notwendigen Verteidigungsmaterial versehen zu werden. Der Vorsitzende des Direktorsiums, Herr Geheimrat Hugenberg, ist ja noch in der Nacht, nachdem Herr Liebknecht gesprochen, nach Berlin gefahren und war am zweiten Verhandlungstage dort anwesend. Weshalb hat er die Hilfe des Herrn Giesberts nicht in Anspruch genommen? Wenn auch der Parteistandpunkt der beiden Herren ein verschiedener ist, so würde das nicht gehindert haben, daß Herr Giesberts mit dem ihm eigenen Geschick die Sache klar gestellt hätte, sofern sie sich klarstellen ließ. Besser hätte Herr Hugenberg es auch nicht gekannt, im Gegenteil würde er als Partei viel weniger Eindruck gemacht haben. Unser dringender Rat geht dahin, daß die Firma ihre politische Neutralität noch mehr als bisher wahrte. Bei der Struktur des Reichstags hat sie den größten Vorteil davon.“

Der Artikel trägt das Signum des Chefredakteurs Haukamer und es ist nicht anzunehmen, daß dieses Angebot ohne die persönliche Zustimmung Giesberts geschrieben worden ist. Wenn die erste Leuchte der christlichen Arbeiterbewegung sich so vor aller Welt als Agent des Rüstungskapitals preisgibt, dann brauchen die kleineren München-Stadtbacher Zentrumsblätter sich nicht mehr zu generieren, offen kapitalistische Rechtsdienste zu tun.

Im übrigen zeigt aber auch die Notiz, wie ernst es dem Zentrum mit dem Erzbergerischen Antrag ist, die Militärlieferungsgeschäfte von Reichstags wegen einer Prüfung zu unterziehen. — Die alte Komödie, bei der die Kanonen- und Panzerplattenlieferanten eher noch Fürsprecher als Kritiker im Zentrum finden.

Kruppsche „Sappalien“.

Der Geh. Finanzrat Hugenberg, der Vorsitzende des Direktoriums der Friedr. Krupp A.-G., gibt weitere „Erklärungen“ über die Kruppschen Geschäftspraktiken, die im Reichstage einer vernichtenden Kritik unterzogen wurden. Einem Vertreter des „Berl. Lokal-Anzeigers“ hat er mitgeteilt, daß der Berliner Bureaubeamte der Firma Krupp, Herr Brandt, feste jährliche Bezüge im Höhe von zuletzt 10 500 Mk. (außerdem die „üblichen“ Weihnachtsgratifikationen!) gehabt habe. Hochgehend und höhnend bemerkt dann Herr Hugenberg: „Es gab und gibt Kruppsche Beamte in Berlin, Kiel usw., die etwa gleiche oder höhere Orts- und Funktionszulagen beziehen. Darunter z. B. auch einer, dessen besondere Aufgabe es ist, uns über allerlei politische Vorgänge mit kleinen Nachrichten zu versorgen, Nachrichten, die von einer zweiten Auflage des Herrn von Dewitz gleichfalls in einem Geheimdruck sein säuberlich gesammelt und aufbewahrt werden — also, Herr Liebknecht, wieder zwei gefährliche Leute! Es gibt solche Einrichtungen aber bekanntlich auch außerhalb der Firma Krupp. Auch im Staatsdienste gibt es bekanntlich „Repräsentationsgelder“. Sind das nun alles mehr oder weniger Bestechungsgelder? Armes verrottes Deutschland!“

„Schließlich noch ein Wort über den armen Herrn v. Dewitz, dem „hohen Beamten“ mit den mysteriösen Geheimdrucken. Er ist als Missetäter durch den Reichstag und die ganze deutsche Presse gefächelt worden, soll in Untersuchungshaft gefessen, über große Mittel der Firma zu Bestechungszwecken verfügt haben usw. usw. Das ist alles Einbildung und Schwindel. Was zunächst die Stellung dieses Herrn betrifft, so war er weder Direktor noch Prokurist, sondern Handlungsbevollmächtigter, und zwar auch dies erst seit Frühjahr 1912. Als solcher bearbeitete er einen Teil der Geschäfte mit der Heeresverwaltung, hatte im übrigen die Oberaufsicht über gewisse Teile der Registratur und vermahnte inselgedessen auch gewisse Sachen unter seinem Verschluss, darunter neben einigen Mobilmachungssachen auch jene „Geheimberichte“. Er war — kurz gesagt — in bezug auf die Dinge einfach ein zwangsläufig arbeitendes Glied der Maschine. Für irgend eine strafbare oder ansehbare Handlung kommt er garnicht in Betracht. Eine Vollmacht, über Mittel der Firma zu verfügen, hatte er nicht, insbesondere stand ihm kein Geheimfonds irgendwelcher Art zur Verfügung. In Haft war er nicht.“

Der Wink, den hier der Herr Geheimrat gibt, scheint „oben“ verstanden worden zu sein. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ springt ihm zur Seite. In ihrem Wochenrückblick kommt sie zunächst auf den Fall Krupp zu sprechen und sie bemerkt dazu: „Die Enthüllungen“ über die Angelegenheit bei der Firma Krupp bilden den Gegenstand gerichtlicher Untersuchung. Strafbare Handlungen werden ihren Richter finden. Aber mag das Ergebnis der Untersuchung sein, welches es wolle, zum Andiewandmalen eines Panamafalles bietet weder der Fall Krupp, noch der 6 Jahre zurückliegende und nicht geglückte Versuch einer Waffenfabrik zur Lancierung von Rüstungsnachrichten in französische Blätter irgendwelchen Anhalt. Aus einzelnen Verfehlungen dürfen keine Schlüsse auf die Gesamtheit gezogen werden, die integer ist. Wir haben nichts zu vertuschen, wollen aber auch nichts vertuschen, und die Regierung wird, wo sich ein Anlaß findet, rücksichtslos einschreiten.“

Wer könnte wohl ein solches Vertrauen zu der Reichsregierung haben? Eine Regierung, also die Vertretung der Gesamtheit des Volkes, in deren Interesse die Kritik an den Machenschaften Krupps erfolgte, müßte für die Volkserreiter Dank haben, nicht aber sich zum Verteidiger der Firma Krupp aufwerfen, denn dadurch wird die Sache verdunkelt.

Die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ finden den Beifall der „Deutschen Tagesz.“. Das ist charakteristisch. Man darf sich dann auch nicht wundern, wenn die Vertreter der Firma Krupp eine so herausfordernde Sprache führten wie Herr Hugenberg.

Ein fortschrittliches Staatsarbeiterprogramm.

Die fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Abgeordnetenhaus zugunsten der Staatsarbeiter einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wird:

1. Arbeiter und Angestellte dürfen durch die Vorzeichen nicht in Beschneidung der durch Reichs- und Landesgesetze geschaffenen Ehrenämter und staatsbürgerlichen Pflichten gehindert oder beeinträchtigt werden, inwieweit nicht die Art der Arbeit eine solche Behinderung unvermeidlich macht. §§ 2, 139, 140 A. R. O. finden entsprechende Anwendung. 2. Die Mitgliedschaft und Betätigung in Berufsorganisationen, die von Arbeitern und Angestellten keine gemeinsame Kündigung und Arbeitsentlassung verlangen, darf nicht gehindert werden.

3. Für die Arbeiter und Arbeiterauschüsse, für die Angestellten Ausschüsse, für die Arbeiter- und Angestelltenvereine, für alle Betriebsstellen, in denen regelmäßig mehr als 20 Personen der betreffenden Art beschäftigt werden. (Die Wirksamkeit dieser Ausschüsse wird im weiteren genau festgelegt.)

4. Arbeiter und Angestellte, die mindestens zehn Jahre ununterbrochen beschäftigt waren, und in ihrem Altersverhältnis kein negatives Ergebnis haben, dürfen den Lohn erhalten, den ihnen nach der Leistung der Betriebe und nur aus wichtigen Gründen gekündigt werden. Nach der Entlassung bleiben solche Arbeiter und Angestellte im Genusse der Ruhe- und Versorgungsgehalte, auf die sie sich durch die Dauer ihrer Beschäftigung nach ihrem Arbeitsvertrage eine Anwartschaft erworben haben. 5. Arbeiter und Angestellte, die ihre dienstliche Stelle oder Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen, hat der Dienstvertragsbesitzer zu entlassen und bei Wiederholung hierzu zu empfangen. Die Entlassung bedarf der Genehmigung der vorgesetzten Stelle. Religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Arbeitszeit und die Ausübung des Berufsrechts dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder Entlassung.

6. Gehälter, Löhne und Arbeitsbedingungen sollen nicht hinter den in der vergleichbaren Privatindustrie üblichen zurückbleiben. Sie sollen durch Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und ihrer Fa-

milien ergänzt werden. Die Verwaltung dieser Einrichtungen hat unter Mitwirkung der Arbeiter zu erfolgen, denen für die Dauer dieser Mitwirkung die Rechte der Mitglieder der Arbeiter-Ausschüsse zustehen.

V. In den jährlich dem Landtage zu erstattenden Berichten über die staatlichen Betriebe ist Auskunft über Arbeitsbedingungen sowie über die Bedingungen zur Teilnahme an Verwaltungs- und Genutz der Wohlfahrtseinrichtungen zu geben. Auch sind alle Fälle aufzuführen, in denen Entlassungen von Arbeitern auf Grund der Bestimmungen in III 2 erfolgten, oder in welchen zwischen der Zentralbehörde und einem Arbeiter- oder Angestellten-Ausschuß kein Einvernehmen erzielt worden ist.

Der Verband Sächsischer Industrieller zur Wehr- und Deckungsvorlage.

Der große Ausschuß des Verbandes Sächsischer Industrieller beschäftigte sich in Dresden mit den Heeresvorlagen. Der Syndikus Dr. Stresemann hatte das Referat. Er führte aus: Eine starke Rüstung sei notwendig. Der Wehrbeitrag sei eine Maßnahme, wie sie noch nie ein Kulturstaat getroffen habe. Wenn man zu solchen außergewöhnlichen Maßnahmen greifen müsse, so weise das auf einen Mangel im Finanzsystem hin. Eine Anleihe sei aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer durchzuführen. Die Industrie müsse sich deshalb zustimmend zum Wehrbeitrag verhalten. Dagegen wandle sich Redner gegen die Form der übrigen Wehrsteuern. Es sei besser, wenn man dem Reiche eine eigene Besitzsteuer einräume. Eine Reichseinkommensteuer dürfe erheblichen Bedenken auf bundesstaatlicher Seite begegnen; aber bei Einführung der Reichserbschaftsteuer brauche kein Bundesstaat auf Einnahmen zu verzichten, die er bereits besitzt. Gegen sie seien mehr politische als sachliche Bedenken geltend gemacht worden. Gegen die Beibehaltung der Zuckerversteuer wolle man nicht sein. — In der Diskussion wandle sich nur der frühere konservative Abgeordnete des 2. sächsischen Reichstagswahlkreises, Fabrikant Förster-Spremburg, gegen die Reichserbschaftsteuer; er würde sie lieber den Einzelstaaten überlassen. — Dr. Zöphel trat lebhaft für die Erbanfallsteuer ein. — Kommerzienrat Marwitz ist für Herabsetzung der Abgabe auf Einkommen von 20 000 bis 30 000 Mark; ferner wandle er sich gegen die Vermögenszuwachssteuer.

Gegen drei Stimmen wurde schließlich eine Resolution angenommen, die der Heeresvorlage und dem Wehrbeitrag zustimmt, aber sich scharf gegen die außerordentlich hohe Besteuerung der Versicherungen und der Emissionsstempel, sowie gegen die „Veredelung“ der Matrikularbeiträge ausspricht und eine Reichserbanfallsteuer verlangt.

Balkan.

Zur Lage. Zwei Stunden lang haben sich die großmächtigen Vertreter in London mit dem montenegrinischen Enfant terrible beschäftigt und Danksagen gehen noch „inoffiziell“, „Meinungsaustausch“, „Vermittlungsvorschläge“ und „Fühlungnahme“. Und hoffentlich läßt sich das Schreckenskind beruhigen. Österreich freilich, der schlechte Erzieher, schreit kreischend nach dem Stock und die übrigen Länder müssen sich bemühen, den sinnlos Aufgeregten zuerst ein wenig zu beruhigen.

Das scheint vielleicht fürs erste gelungen zu sein. Denn als Ergebnis der Bolschajferkonferenz wird mitgeteilt, daß die Mächte zwar in voller Einmütigkeit an ihren Entscheidungen festhielten, aber keine Macht die Angelegenheiten überstürzen werde. In den nächsten Tagen werde dem König Nikolaus notifiziert werden, daß er Skutari aufzugeben habe, obwohl die Art und genaue Einzelheiten dieses Schrittes noch nicht festgesetzt seien. Da auch Rußland sich diesem Vorgehen anschließt, so sollte es nicht zu schwer sein, einen Ausgleich zu finden. Die Diplomatie würde jedenfalls gut tun, in der Frage der Kompensationen möglichstes Entgegenkommen zu beweisen.

Man erwartet, daß die Bolschajfer-Vereinigung heute beschließen wird, Truppenlandungen in Antivari und Dulcigno zu gestatten, falls Montenegro nicht in angemessener Frist Skutari zu räumen verspricht. Die Mehrheit der Mächte sei diesem Beschlusse günstig geneigt. Österreich-Ungarn dürfte weitergehende Anträge stellen lassen.

Eine sonderbare Meldung wird vom Wiener Telegraphen-Bureau aus Belgrad mitgeteilt: Nach einer aus Elbasan hier eingelaufenen Meldung hat Essad Pascha im Einvernehmen mit Schahid Pascha ein autonomes Königreich Albanien unter der Souveränität des Sullans proklamiert. — Essad Pascha ist der bisherige Kommandant von Skutari. Daß er ernstlich Ansprüche auf den albanischen Thron erheben sollte, erscheint uns kaum glaublich.

Aus Lübeck und Hamargebieten.

Montag, 28. April.

Die Lübecke Zillialsteuer auch vom Reichsgericht für ungültig erklärt. Eine Hamburger Firma, die hier eine Zilliale unterhält, hatte gegen die Lübecke Steuerbehörde eine Klage eingereicht auf Erhaltung der von ihr auf Grund des von Senat und Bürgerrecht beschlossenen Gesetzes betreffend die Gewerbe- und Zillialsteuer gezahlten Zillialsteuer. Bekanntlich hat Lübeck im Jahre 1911 eine Gewerbesteuer eingeführt, der die in Lübeck betriebenen stehenden Gewerbe unterliegen. Bei den Verhandlungen über die Steuerreform war der Senat der Meinung, daß die Zilliale von solchen Betrieben, die ihren Sitz außerhalb Lübecks haben, nicht genügend zu den Lübecke Steuern, insbesondere zu der Einkommensteuer herangezogen werden können. Man führte deshalb für diese Zilliale auswärtiger Betriebe eine besondere sogenannte Zillialsteuer ein. Ihr unterliegen Unternehmungen, die außerhalb Lübecks ihren Sitz haben, in Lübeck aber offene Läden, offene Verkaufsstellen oder Stellen zur Entgegennahme von Warenbestellungen im Kleinvertrieb unterhalten. Eine in Hamburg domizilierte Firma, die in Lübeck eine offene Verkaufsstelle unterhält, vertrat nun den Standpunkt, daß diese Lübecke Zillialsteuer mit dem Reichsgesetz betreffend die Vermeidung der Doppelbesteuerung nicht vereinbar sei. Das Landgericht Lübeck hat die auf Abschaffung der bezahlten Zillialsteuer erhobene Klage abgewiesen. Das Hanseatische Oberlandesgericht hat aber am eingeleiteten Berufung durch Urteil vom 22. November 1912 den Lübecke Staat zur Rückzahlung der von der Klägerin

bezahlten Zillialsteuer nebst Zinsen und Kosten verurteilt. Das Oberlandesgericht sagt, daß zur Entscheidung allein die Frage stehe, ob die Vorschriften des Lübeckischen Gewerbesteuergesetzes über die Zillialsteuer mit der Reichsgesetzgebung in Widerspruch stehen, und deshalb, da das Reichsrecht Landesrecht bricht, rechtswirksam sind. Diese Frage wird bejaht. In einem nunmehr ergangenen Urteil hat das Reichsgericht die Revision der Lübeckischen Steuerbehörde als kostenpflichtig verworfen. Es bleibt also bei dem oberlandesgerichtlichen Urteile.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hielt am Sonnabend im „Bürgerverein“ ihre ordentliche Generalversammlung ab, die von 87 Vertretern der Versicherten und 10 Vertretern der Arbeitgeber besucht war. Der Vorsitzende, Buchdrucker Körner erläuterte in seinen Bemerkungen zum Jahresbericht kurz die Ursachen, welche den Jahresabschluß etwas weniger günstig gestalteten, als den des Vorjahres, und machte Mitteilungen über die Vergebung der Arbeiten am Neubau des Verwaltungsgebäudes in der Fleischhauerstraße. Die Maurer- und Erdbauarbeiten sollen von Maurermeister Brügge, die Zimmerarbeiten von Zimmermeister Marks, die Kunststeinarbeiten von Brät & Störmer, die Eisenkonstruktion von Schetelig & Nüst ausgeführt werden. Der Jahresbericht und die Kassenabrechnung wurden ohne Debatte genehmigt. Vorstandswahlen fanden nicht statt, da vom Bundesrat die Amtsdauer der bisherigen Vertreter bis zum vollständigen Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung — am 1. Januar 1914 — verlängert worden ist. Der Antrag des Vorstandes auf Neuregelung der Beamtengehälter zeitigte eine längere Aussprache. Nach diesem Antrage soll der Beamtensatzungssatz sich folgendermaßen gestalten:

Klasse	Bisher		Neue Regelung	
	Anfangsgehalt	Steigerung pro Jahr	Anfangsgehalt	Steigerung pro Jahr
I	2200	1mal 50 14mal 75	2400	1mal 95 13mal 85
II	1800	15mal 60	2000	1mal 90 13mal 70
III	1600	1mal 100 14mal 50	1800	1mal 100 2mal 70 1mal 60
IV	1350	13mal 50 1mal 25	1600	1mal 60 13mal 55

Dazu kommt: Gewährung einer Funktionszulage von je 100 Mark an die Angestellten in der Kassenabteilung, Erhöhung der Zählgebühren — § 6 der Anstellungsbedingungen — von 20 Mark auf 50 Mark, Übernahme der Pflichtbeiträge der Angestellten zur Angestellten-, zur Kranken- und zur Invalidenversicherung, sowie der Krankenkassenbeiträge für diejenigen Angestellten, die die Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse freiwillig fortsetzen, auf die Kasse und Festlegung der Entlohnung der Hilfsarbeiter für vorübergehende Beschäftigung — § 4 der Anstellungsbedingungen — bis 5 Mark für den Arbeitstag und Bezahlung der auf einen Werktag fallenden Festtage. Vom Arbeitnehmervertreter B. Löwig wurde beantragt, die Gehaltskala gemäß den Tarifvereinbarungen, die zwischen dem Zentralverband der Ortskrankenkassen Deutschlands und Bureaugehilfenverband bestehen, festzusetzen, und zwar sollte die Eingliederung der Beamten in die verschiedenen Klassen nach einem von den Beamten eingereichten Vorschlage, den der Antragsteller vortrug, erfolgen. Es sei notwendig, daß durch die Annahme dieses Antrages, der bei Festlegung der neuen Dienstordnung zu berücksichtigen sei, endlich einmal Ruhe in der Gehaltsfrage der Beamten eintrete. Vom Vorsitzenden wurde betont, daß die vom Vorstand vorgelegten Sätze höher seien als die in dem angezogenen Tarife enthaltenen; nur die Einreihung der Beamten in die einzelnen Klassen sei eine andere. Nach längerer Debatte, in der sich die meisten Redner gegen den Antrag von Löwig wandten, gelangte der Vorstandsantrag mit großer Mehrheit zur Annahme. Beschlossen wurde, das Gehalt in Zukunft halbmonatlich im Voraus zu zahlen. Unter sonstigen Angelegenheiten wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß seitens der Ortskrankenkasse mehr als bisher für die Zahnpflege der Angehörigen der Kassenmitglieder, besonders der Kinder, getan werden möchte. Angeregt wurde weiter die Zulassung der Zahntechniker.

b. Strafkammer am 26. April. Was sind Baugelder? Diese, auf den ersten Blick einfache Frage wurde am Sonnabend in einer interessanten, aber äußerst verwickelten Auseinandersetzung mehrere Stunden in der Strafkammer behandelt. Der frühere Maurermeister Kl. hatte sich wegen Vorgehens gegen das Gesetz, betr. Sicherung der Bauforderungen, zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt: erstens das Baubuch nicht ordnungsmäßig geführt zu haben, zweitens soll er als mitarbeitender Handwerker zu viel für sich in Anspruch genommen und drittens einen Teil des erhaltenen Baugeldes nicht zur Zahlung der Handwerker verwandt haben. Der Angeklagte hatte vor einigen Jahren den Bau der Katharinenburg übernommen, der, wenn wir richtig gehört haben, mit 146 000 Mark belastet ist. 36 000 Mk. davon sind Verkehrshypotheken, von denen 10 000 Mk. nachher eingetragene wurden. Schon der Kauf des alten Hauses resp. Platzes ging durch verschiedene Hände. Besitzer waren Kl., der Kaufmann L. und der Staat. Die Preussische Bodentredit-Anstaltengellschaft gab eine größere Summe und 56 000 Mark stammte durch Vermittlung des Kaufmanns L. vom Bankhaus Louis Wolff in Lübeck. Von diesem Geld sollen 16 000 Mk. nicht zu dem Bau, sondern für eine alte Schuld bei Wolff verwandt worden sein. Der Haftpflichtige dem Bankhause gegenüber war Kaufmann L., der den Bau beaufsichtigte und eine laufende, wöchentliche Provision von 50 Mk. beanpruchte. Schwierigkeiten stellten sich schon beim Beginn der Arbeit heraus, denn die Bauarbeiterausperrung soll neben anderen Zwischenfällen 7900 Mk. verschlungen haben. Die Handwerker blühten nach Fertigstellung 19 000 Mk. ein. Als der Konkurs angemeldet wurde, glaubten sie 10 oder 15 Proz. zu erhalten, mußten jedoch wenige Tage später erfahren, daß sie keinen Pfennig bekommen, denn die Einleitung des Konkursverfahrens wurde wegen Mangel an Masse ganz eingestellt. Nun wurde dem Unternehmer auf den Zahn geföhlt. Er behauptet, daß ihm das Wolffsche Geld nicht mit dem ausdrücklichen Befehl, es nur für diesen Bau zu verwenden, übergeben worden sei. Es sei ein laufendes Konto gewesen, das er für seine Zwecke nach Gutdünken verwenden durfte, da auch noch andere Arbeiten zu erledigen gewesen seien, die Geld einbrachten, wie die noch zu erwartenden Außenstände alter Rechnungen. Bei den Handwerkern habe er Kredit genossen, die ihn niemals danach gefragt hätten, unter welchen Bedingungen er sein Geld erhalte. In dem mühsamen Verhör der Handwerker bedurfte er seitens des Gerichts vieler Kreuz- und Querfragen, bis halbwegs eine Klärung eintrat. Der Prokurist des erwähnten Bankhauses sagt, Kl. habe einfach Geld verlangt, ausdrücklich Baugeld sei nicht gefordert worden. Er habe angenommen, es werde für den Bau gebraucht, habe aber nicht auf dem Standpunkt gestanden, daß es dazu gebraucht werden muß. Dem Bankhaus habe die geleistete Bürgschaft als genügt. Er gibt nach langem Hin und Her schließlich zu, daß die Vergabe nicht juristisch, wohl aber

wirtschaftlich zum Bauweck der Katharinenburg aufzufassen sei. Die Summe sei nicht als Baugeld, sondern als Sicherheit eingetragen. Im merkwürdigen Widerspruch dazu steht allerdings die angeblich schwach ausgeführte Kontrolle des Kaufmanns L. über das Fortschreiten des Baues. Dieser meint, wenn er Sicherheit für K. leiste, müsse er sich auch um den Bau kümmern. Das Baugesetz schreibt Einzelanzzeichnung des verwendeten Geldes im Baubuch vor. Im vorliegenden Fall ist dies nur zum Teil klar zu erkennen, bei 70 800 Mk. wurden summarische Angaben gemacht. Der Angeklagte gibt Fehler in den Aufzeichnungen zu, glaubt aber auch, der Sachverständige verstehe die Geschichte ebenfalls nicht, er habe ihm wenigstens nicht angeben können, wie es gemacht werden soll. Der Erste Staatsanwalt hält den Beweis für erbracht, daß der Angeklagte sich gegen das Gesetz verstoßen habe. Es herrsche gar keinen Zweifel darüber, daß Baugelder solche Gelder seien, die zu Bauzwecken dienen und die hypothetisch oder auf Grundschuld eingetragen sind. Der wirtschaftliche Zweck habe in diesem Falle für die Verwendung der Katharinenburg gegolten. Dem Angeklagten seien mildernde Umstände zuzubilligen, weil damals das Gesetz erst neu in Kraft getreten sei. Er beantragte wegen des ersten Falles 300 Mk. Geldstrafe, im zweiten Fall Freisprechung, da der Nachweis nicht erbracht sei, daß er mehr als zulässig für seine Arbeit berechnet habe (von 15 203 Mk. Gesamtmaurerlohn etwa 2000 Mk.), dagegen müsse der Verstoß gegen die Verwendung der Baugelder mit 200 Mk. geahndet werden. Im Nichtzahlungsfalle sollen 50 Tage Gefängnis eintreten. Der Verteidiger ersuchte um Freisprechung, da sein Klient ein ehrlicher Maurermeister und kein Bauunternehmer zweifelsfrei Art sei, er habe Kredit bei seinen Handwerkern genossen und nicht nötig gehabt, ihre Arbeit vorweg als Hypothek einzutragen. Von dem angeforderten Gelde seien ja alte Forderungen bezahlt worden. Was nun eigentlich Baugelder sind, wird am kommenden Sonnabend das Gericht bei der Urteilsverkündung klarmachen.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag gegen 10 Uhr auf dem Aulenkampai. Auf der dort befindlichen Drehscheibe vergnügten sich mehrere Knaben, indem sie dieselbe in Bewegung setzten und auf ihr sitzend herumfuhren. Hierbei geriet der etwa 8 Jahre alte Sohn des Arbeiters Meyer, Fischergrube, mit den Beinen zwischen Mauer und Scheibe, so daß die Beine unterhalb der Knie fast vollständig abgequetscht wurden und die Scheibe weder vor- noch rückwärts bewegt werden konnte. Mehrere Soldaten der am Kai ankernden Torpedoboote waren eifrig bemüht, den armen Knaben aus seiner schrecklichen Lage zu befreien, was ihnen aber erst im Verein mit der herbeigerufenen Feuerwehr gelang. Nachdem von dem Stabsarzt der Marine dem Kinde ein Verband angelegt war, wurde es mit dem Sanitätswagen ins Krankenhaus geschafft. Anscheinend ist keine Hoffnung vorhanden, daß dem bedauernswerten Knaben die Beine erhalten werden können, und sieht er somit einem traurigen Los entgegen. Mebrigens muß der Junge über sehr starke Nerven verfügen, da er während der ganzen Manipulationen bei vollem Bewußtsein war. — Scharf verurteilt aber muß es werden, daß die Drehscheibe nicht mit einer Vorrichtung versehen ist, die es vor allem Kindern unmöglich macht, sie in Bewegung zu setzen. Selt aberdings, wo ein junges Menschenkind erst seine gelunden Knaben daran verlieren mußte, wird die Eisenbahnverwaltung wohl Vorkehrungen treffen, um derartige Unfälle zu verhüten.

pb. Verhaftet. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter von hier, der mit einem schon bereits festgenommenen Arbeiter drei im Segelbootshafen bei der Herrendücke liegende Segelboote bestohlen hat.

pb. Fahrrad Diebstahl. In der Nacht zum 23. d. M. ist vom Hausflur eines Hauses der Widenstraße ein Fahrrad gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen, nach oben gebogene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse und die Polzeinummer 16 557.

w. MÖLN. Generalversammlung der gemeinsamen Ortskrankenkasse MÖLN. In der am Sonnabend abend stattgehabten nur schwach besuchten Generalversammlung wurde die Abrechnung für 1912 gegeben. Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 1150, die Einnahmen 30 242 Mark, die Ausgaben 27 757 Mark. Unter den Ausgaben lauten folgende Posten: Für Arznei um 4563 Mk. für Verste 6689 Mk., für Krankenhäuser 4988 Mk., Krankengeld für 6500 Krankentage der männlichen und 3576 Krankentage der weiblichen Mitglieder 6538 Mk. Sterbefälle waren 10 zu verzeichnen, die 529 Mark Sterbegeld erforderten usw. Gegen 1911 wurden 8182 Mark mehr ausgegeben. Leider ist diesen Summen gegenüber das Interesse der Mitglieder nicht rege genug, die gewählten Vertreter haben die Pflicht in der Generalversammlung anwesend zu sein. Dem Rechnungsführer wurde Decharge erteilt. Der auf Veranlassung des Versicherungsamts in einer außerordentlichen Generalversammlung gefasste Beschluß, die Kasse zum 31. Dezember dieses Jahres aufzulösen, wurde aufgehoben, da die Kasse beschließt sich nach Art. 15 der G.-G. zur K.-B.-D. zur UG. Ortskasse auszugestalten. — Ein früherer Beschluß, als Organ, in welchem die Bekanntmachungen des Vorstandes zu erfolgen haben, auch den „Lübeker Boten“ zuzulassen, wurde dahin geändert, daß dieser Beschluß im neuen Statut berücksichtigt werden wird. — Die deshalb jetzt noch vorzunehmende Statutenänderung und die dadurch entstehenden Kosten entsprechen nicht dem etwaigen Erfolg. — Bezüglich der Organisation der Kasse wurden einige Mitteilungen gemacht zu dem Zwecke die ungeheuren Schwierigkeiten zu zeigen, die einer schnelleren Erledigung dieser Sache entgegenstehen. Zu der in Neumünster tagenden Informationsitzung bezüglich der Musterstatuten sind 2 Vorstandsmitglieder delegiert. Die Kasse ist dem Verbands der Ortskrankenkassen der Provinz Schleswig-Holstein angeschlossen.

Hamburg. Der „Imperator“ traf Sonnabend auf seiner Probefahrt wohlbehalten vor Helgoland ein, nachdem er auf See Kompaß reguliert und ausgedehnte Manöver vorgenommen hat. Das Schiff bewährte sich tadellos und bewies eine ungewöhnlich gute Steuerfähigkeit. Die Probefahrt am Sonntag hat in bezug auf Manövrierfähigkeit und Geschwindigkeit des Schiffes durchaus befriedigende Resultate ergeben. Indes stellte sich bei Beendigung der letzten Fahrt heraus, daß zwei Lager der einen Turbine heiß gelaufen hatten. Infolgedessen ist es nötig, diese Turbine wieder zu öffnen und die beiden Lager herauszunehmen. Die technischen Probefahrten werden daher erst am 15. Mai fortgesetzt werden können. — Das Explosionsunglück auf dem „Imperator“ hat noch ein drittes Todesopfer gefordert. Im Cuxhavener Staatskrankenhaus starb gestern nachmittag der Feuerwehrmann Denzer aus Mch.

Kiel. Ein militärisches Schreckensurteil. Das Kriegsgericht des zweiten Geschwaders verurteilte Sonnabend den Matrosen G. vom kleinen Kreuzer „Hela“ wegen tatsächlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. G. hatte am 14. April an Bord einen Zusammenstoß mit dem Obermatrosen Dander, der an dem Tage diensttuender Unteroffizier war. Am Abend feierte G. dann seinen Geburtstag und trank sich aus diesem Anlaß einen Rausch an. In diesem Zustande ging er an die Gangmatte des Dander und machte sie los, so daß dieser auf die Erde fiel. Dander sprang auf und ließ hinter G. her, dabei bekam er von diesem einen Stoß vor die Brust. Dander

ging dann zum wachhabenden Offizier, um die Sache zu melden. G. ging hinterher und wollte ihn noch schlagen. Ehe er dieses Vorhaben ausführen konnte, fiel er jedoch in seiner Trunkenheit zu Boden. Wegen dieses, in der Trunkenheit begangener Deliktes, erhielt G. die oben genannte hohe Strafe. — Der Untergang des Torpedobootes „S 178“ bei Helgoland in der Nacht des 4. März hatte am Sonnabend ein gerichtliches Nachspiel vor dem Kriegsgericht der Aufklärungsflotte. „S 178“ stieß bekanntlich mit dem Panzerkreuzer „York“ zusammen und sank. 69 Personen kamen ums Leben. Angeklagt war Kapitänleutnant Loewe vom „York“. Durch seine Fahrlässigkeit sollte das Unglück passiert sein. Er war zur Zeit des Unglücks Nachoffizier auf „York“. Vor Gericht wurde festgestellt, daß sehr schwere See war. Als nach beendeten Manövern die Schiffe ihre Ankerplätze aufsuchen wollten, fuhr „S 178“ erst parallel mit „York“. Plötzlich kreuzten sich die Kurse, das Boot kam vor den Kreuzer und der Zusammenstoß passierte. Das Torpedoboot hätte ausweichen müssen. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Es sei ihm keine Fahrlässigkeit nachzuweisen. Im kritischen Moment habe er die zweckentsprechenden Maßregeln getroffen, die allerdings etwas zu spät kamen, aber immerhin richtig waren. Der Zusammenstoß hätte nicht mehr vermieden werden können. — Morboversuch eines Nerverkranken. Der in der Samwerstraße Nr. 16 wohnende Weichenwärter a. D. Doose machte Freitag morgens einen Morboversuch auf seine im Bett liegende Frau und verwundete sie am Kopfe durch einen Schuß. Doose wurde sofort verhaftet und nach der Nervenklinik gebracht.

Grabow. In der Deutschen Erdölindustrie in Grabow (Mecklenburg) haben sämtliche Arbeiter wegen fortgesetzter Maßregelung die Arbeit niedergelegt. — Zugug ist fernzuhalten.

Wilhelmshaven. Gehorgene Leichen vom Torpedoboot „S 178.“ Das Boot des Torpedobootes „S 178“, das im Laufe der vorigen Woche gehoben wurde, ist Sonntag früh in Gegenwart der Gerichtskommission geöffnet worden. Bisher sind sieben Leichen geborgen worden. Die Namen der Leichen sind: Matrose Biebedt aus Homburg, Maschinistenmaat Einhaus aus Südbred, Sanitätsmaat Seuf aus Osnabrück, Steuermann Gudeck aus Wilhelmshaven, Oberbootsmannmaat Barton aus Rybnik, Maschinistenmaat Möller aus Hamburg und Maschinisten-Oberwärter Hebau aus Friedberg in Hessen.

Cuxhaven. Explosion auf dem Cuxhavener Bagger „Möve“. Im hiesigen Hafen hat sich Sonnabend bei den Hafenerweiterungsarbeiten ein Explosionsunglück zugefallen. Der Baggerdampfer „Möve“ unternahm Sprengungen. Durch einen vorzeitig losgehenden Sprengschuß wurde ein Leichtmatrose in Stücke gerissen, der Steuermann und ein zweiter Matrose schwer verletzt, während der Kapitän das Gehör verlor.

Küstringen. Die Klempergehilfen in Küstringen-Wilhelmshaven führen seit dem 19. April einen hartnäckigen Kampf mit dem Unternehmer um eine geringe Lohnhöhung. Der alte Tarif ist abgelaufen, was die Unternehmer veranlaßte, einen Gegenentwurf mit Lohnreduktionen anzubieten. Es wird gebeten, Zugug von Klempern und Infallateuren nach Küstringen-Wilhelmshaven fernzuhalten.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Macbeth, Trauerspiel in 5 Aufzügen von Shakespeare. Gastspiel von Paul Wegener und Frau Dr. Brünar vom Deutschen Theater in Berlin. Es ist die Tragödie des Ehrgeizes und der Herrschaft — Herrschaft nicht im kleinsten Sinne — die sich in „Macbeth“ huldig und erschütternd abspielt. Macbeth, von seinem Weibe dazu aufgestachelt, greift nach der Krone Schottlands, deren Träger, der als Gast in seinem Hause weilt, er meuchelmordet. Um seine Herrschaft zu festigen waret er im Blut aller derjenigen, die nach Rang und Geburt dem Thron am nächsten stehen. Dennoch quält ihn die stetige Sorge um den Verlust seiner Macht. Ein Orakelspruch der Hexen kündigt ihm, daß seine Herrschaft nur dann endet, wenn Birnams Wald sich nach dem Schlosse Dunfinam bewegt; kein Mensch, der vom Weibe geboren wurde, könne ihn gefährlich werden. Jedoch trügerisch und doppeltinnig wie alle Orakelsprüche ist auch dieser, der Macbeth scheinbar unüberwindlich macht. Denn das unmöglich Erscheinende wird zur Tat: Die Krieger rücken mit den Zweigen des Birnamer Waldes vor Dunfinam, des Königs Schloß; Macbeth fällt von der Hand Macduffs, der nicht vom Weibe geboren, sondern vor der Zeit aus seiner Mutter Leib geschnitten wurde. Des Königs Frau stirbt im Wahnsinn.

Das tragische Geschick Macbeths wächst ins Riesengroße vor den Augen der Zuschauer, wenn ein Künstler wie Paul Wegener ihn spielt. Wie dieser ihn gestaltete, wurde zu einem Erlebnis. Da verstimmt die Kritik. Eine sehr achtbare, vor Intelligenz und starker Gestaltungskraft getragene Leistung hat auch Frau Dr. Brünar als Lady Macbeth. Neben dem überragenden Macbeth Wegeners verbläbte der sonst gar nicht üble Banco des Herrn Nowak und der Macduff des Herrn Goss. Die Regie des Herrn Bruno verdient durchweg Anerkennung. Nur die Schlussszene, in der, nachdem Macbeth gefallen ist, Macduff zum König ausgerufen wird, war etwas gar zu farblos ausgefallen. Auch die gleiche Aussprache der Namen, die bald englisch, bald in der Schreibart erfolgte, je nachdem die Gäste oder unsere heimischen Künstler in Betracht kamen, hätte sich wohl ermöglichen lassen. Das stark besuchte Haus zeichnete besonders Herrn Wegener durch anhaltenden Beifall aus. P. L.

Gemeinschaftsbewegung.

Zu der Bombenaffäre in Binnenschiffen. Die bürgerliche Presse hatte in verschiedenen Variationen von dieser Bombengeschichte berichtet. So war auch von der „Magdeburger Zeitung“ behauptet worden, daß der als Hauptbeschuldigte in Frage kommende Heizer Buch, der von einer Brücke aus die Bombe auf den vorüberfahrenden bestrickten Dampfer geworfen haben soll, ein mehrfach vorbestrafter Mensch sei. Ein auf dem Dampfer beschäftigter Heizer soll den Untergang des Dampfers dadurch verhütet haben, daß er die Bombe in ein mit Wasser angefülltes Gefäß geworfen habe. Die „Magdeburger Zeitung“ machte am Schluß ihres Artikels noch auf die hohen Zuchthausstrafen aufmerksam, welche die Verhafteten zu erwarten hätten. Wir sind heute nach näheren Informationen in der Lage, noch folgendes feststellen zu können: Nach 35stündiger Haft wurden drei der Verhafteten, darunter der Hauptbeschuldigte, am späten Freitag abend entlassen, weil ihnen absolut nichts nachzuweisen war. Den Heizer Buch hatte die Polizei für so gefährlich gehalten, daß sie ihn mit vorgehaltenem Revolver zur Polizeiwache transportierte. Die angeblich in ihren Wohnungen aufgefundenen Bomben entpuppten sich als harmlose Jagdpatronen. Der vierte Heizer sibt allerdings noch im Gewahrsam; er bestreitet aber auch entschieden, irgend einen Gegenstand aus dem Dampfer geworfen zu haben. Das vorläufige Urteil der bürgerlichen Presse beweist auch hier wieder einmal recht deutlich, wie leichtfertig mit der

Arbeiterehre umgegangen wird. Wir wollen mit unserem Urteil zurückhalten, bis die gerichtliche Untersuchung erachtet hat, ob und inwieweit sich der vierte Heizer etwa gegen die Strafgesetze vergangen hat.

Generalversammlung der Binnenschiffer. Die Binnenschiffer nahmen am Sonnabend in einer Generalversammlung im Berliner Gewerkschaftshaus zu den letzten Verhandlungen mit dem Unternehmerverbande Stellung. Alle Redner erklärten sich mit der Haltung der Lohnkommission einverstanden. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie sich einverstanden erklärt mit den gemeinsamen statistischen Erhebungen zur Vorbereitung einer gesetzlichen Regelung der Nachtrube. Auch die dreijährige Vertragsdauer wurde angenommen. Zur Lohnfrage akzeptierte die Versammlung die Zulage von 5 Mark pro Mann und Monat für das Stromgebiet der Elbe und für die märkischen Wasserstraßen auf die Dauer der Vereinbarungen. Für das Stromgebiet der Oder soll diese Zulage für die Jahre 1913 und 1914 Geltung haben. Mit Beginn des Jahres 1915 soll eine weitere Zulage in Kraft treten, mit der Maßgabe, daß der Mindestlohn für die Bootleute im dritten Vertragsjahre 110 Mark beträgt. Die Generalversammlung beschloß, nach Annahme dieses Vorschlages durch den Unternehmerverband die Arbeit wieder aufzunehmen und die Regelung der übrigen Punkte den Gruppenverhandlungen zu überlassen. Dann befaßte sich die Generalversammlung noch mit der Beitragserhöhung, die damit begründet wurde, daß die Lokalausgaben während der Streikdauer sehr hohe gewesen seien und daß die Agitation nach Beendigung des Kampfes sicher noch außerordentliche Mittel erfordere. Einstimmig beschloß die Generalversammlung, den Lokalbeitrag von 10 auf 20 Pfg. zu erhöhen und beauftragte den Mittelstands-Vorstand, vom 1. Juli d. J. ab den 70-Pfg.-Beitrag zu erhöhen. Die Generalversammlung fordert ferner alle Mitglieder auf, erneut die Agitation aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß die in der Binnenschifffahrt beschäftigten Personen dem deutschen Transportarbeiterverband zugeführt werden. — Mit einem Rückblick auf den Verlauf des Kampfes und mit dem Hinweis, daß die Organisation nach ebenso mächtig dastehende, wie zu Beginn des Jahres und daß der gute Geist unter den Mitgliedern dafür bürgere, daß die Entwicklung der Organisation wie bisher vor sich gehen werde, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Selbstmord auf entsetzliche Weise verübte die geistesfranke 27jährige Frau Martha Kaczmarek in Schönberg. Sie begoß ihre Kleider mit Petroleum und zündete sie an, wodurch auch einige Möbelstücke in Brand gerielen. Als der Brand von Hausbewohnern bemerkt wurde und sie in die Wohnung der Frau eindrangten, war die Frau bereits tot. Ihr Körper war völlig verkohlt. Der Brand wurde von den Hausbewohnern erstickt.

Schweres Unglück auf See „Radbod“. Auf See „Radbod“ bei Hamn ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Auf Schacht 4 stürzte infolge Reißens eines Förderseiles ein Korb in die Tiefe. Der Bergmann Schürkamp wurde durch fallende Kohlenstücke sofort getötet. Drei andere auf derselben Sohle arbeitende Bergleute erlitten schwere Verletzungen.

Ein Ballon verbrannt. Im Forst bei Almerode wurde gestern vormittag 8 Uhr der am vergangenen Sonntag in Kassel aufgestiegene und seither vermißte Ballon „Jule“ völlig verbrannt aufgefunden. Die Leiche des Führers, Kaufmann Wendland aus Kassel, lag daneben. Ein Blitzschlag hatte den Ballon zertrümmert.

Massenkindermord in Mannheim. Die Mannheimer Kriminalpolizei ist einem Massenkindermord auf die Spur gekommen. Auf einem Schutthaufen fand man die Leiche eines neugeborenen Kindes. Als Mörder wurde die Frau des Maurerpokers Wähler ermittelt, die an den Folgen eines verbotenen Eingriffs gestorben war. Die Polizei durchsuchte die Wohnung und fand im Keller unter der Treppe elf Kindesleichen. Es hat sich herausgestellt, daß die Verstorbenen mit zahlreichen Personen in Verbindung stand, gegen die wegen Verdachts des Verbrechens gegen das leibende Leben eine Untersuchung schwebt. Der Polizei Wähler will von dem Treiben seiner Frau keine Kenntnis gehabt haben.

Eingestürzt. In der Rue d'Anjou in Paris ist an dem Hause des Pariser Stadtrates Froment Maurice ein Mauerstück eingestürzt, wodurch der Vater und die Mutter des Stadtrates getötet wurden. Ein Sohn wurde schwerverletzt unter den Trümmern hervorgezogen. Man befürchtet, daß auch einige Vorübergehende verschüttet worden sind.

Tragischer Selbstmord. Unter äußerst tragischen Umständen hat sich auf der Colferino-Brücke in Paris ein Selbstmord abgespielt. Ein elegant gekleideter, ungefähr 30 Jahre alter Mann, sprang auf das Brückengeländer, jagte sich eine Kugel durch den Kopf und stürzte rückwärts in die Seine. Seine Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden. In seinem Zylinderhut fand man eine Bittenskarte mit den Worten: „Sagt meiner Frau, daß ich für sie gestorben sei.“ Die Identität des Selbstmörders konnte noch nicht festgestellt werden.

Entsetzlicher Doppel-Selbstmord. Während auf dem Platz vor der Kathedrale in Antwerpen lebhafter Verkehr herrschte, erschien plötzlich auf der höchsten Galerie des Turmes ein Mann, der dann auch einer weiblichen Person hinaufhalf. Ein viestimmiger Schrei des Entsetzens ertönte, als sich das Paar gemeinsam hinabstürzte. Der Mann wurde als der jugendliche Sohn eines Hafenagenten erkannt, die Persönlichkeit des jungen Mädchens ist noch nicht festgestellt.

Ingszusammenstoß. Auf der Strecke Chartom-Tschugiw in Süd-Rußland stieß infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei drei Reisende getötet und mehrere schwer verletzt wurden. Ein Heizer erlitt leichtere Verletzungen, die Führer der Lokomotiven blieben wunderbarerweise unversehrt. Die nähere Untersuchung ist eingeleitet worden.

Vulkanische Ausbrüche auf Island. Aus Reykjavik wird gemeldet: Der Vulkan Hekla entwickelt eine lebhafte Tätigkeit; von Thjorsaapro wurde der Ausbruch eines Vulkans beobachtet.

Ein französisches Fischerboot verunglückt. Aus Reykjavik ist die Meldung eingetroffen, daß das mit 28 Mann besetzte französische Fischerboot „Gincaise“ von dem isländischen Schleppdampfer „Bregi“ angeerntet worden und untergegangen ist. Der Dampfer „Bregi“ hat 20 Mann der Besatzung des gesunkenen Schiffes aufgenommen, die anderen acht, darunter der Kapitän, die sich in einer Zolle zu retten versuchten, sind verschollen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübek und Nachbargelände“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ldwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: J. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübek.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Theater-Vorstellungen
am Montag, dem 19. Mai 1913
im Lokale des Hrn. L. Pätou, Fackenburg
am Dienstag, dem 20. Mai 1913
im Gewerkschaftshaus in Lübeck.

Zur Aufführung gelangt:

Der Herr Senator.

Lustspiel in 3 Akten von Kadelburg.

Aufgeführt von **Mitgliedern des Stadttheaters in Rostock.**

Saalöffnung 8 Uhr. (3498) Anfang 8 1/2 Uhr.
Preis der Karte 30 Pfg. Der Vorstand.

— Karten an den bekamten Stellen. —
Rauchen nicht gestattet.

Konzerthaus Fünfhausen
Wegen des Himmelfahrtstages 3450
morgen Dienstag: **Großer Tanz.**

In den Schreber-
gärten bringt
der Frühling
neues Leben und
neu mit
Kaysers

Dachfarbe
ge-
strichene **Dächer**
verschönern das Aussehen
der Gartenkolonie.

Jedes Quantum liefert die erste
Lüb. Farben-Fabrik von Kayser & Co.
Verkauf bei (3427)

Ferd. Kayser, Breite
Str. 81

Große Posten 3451
dide Flomen
nur 70 Pf. p. Pfd.

Frische und gepöfelte
Kochrippen Pfd. u. 30 Pf. an
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14-16.

Neue Herren- und Damen-
Anzüge für jeden annehm. Preis.
Stauschürzen, weiße Kinder-
schürzen, weiße Blusen u. Sünderei
und dunkle, äußerst billig
3426 Brocksstraße 45, L.

Zu verk. ein Haus
mit 4 abgeth. Zwei-Zimmer-Woh-
nungen, Küche, Speisekammer, Bor-
platz, Kell., Keller, Vor- u. Hinter-
garten. Preis 12500 Mk. Näheres
3446 Barfüßstraße 22, part.

Lübeck — Burgfeld. 3458

Ganz
Lübeck

rutscht

auf Hugo Haases A.-G.

Figur-8-Bahn.

Täglich von 4 bis 11 Uhr ununterbrochen geöffnet.
Von heute ab ermäßigte Preise.

Wand-Uhren

Goldwaren, Rathenower Brillen.
3428) Verkauf u. Reparatur.
Enorm billig unter Garantie.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm.,
ob. Johannisstr. 20.

Eimerbier

von nun an
jeden Dienstag u. Freitag
von 4 Uhr nachm. ab.

Brauerei **Fr. Kropf**
Glockengießerstraße 87. 3453



**Vereinigte
Butterhändler**
von Lübeck
und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.40** Mk. (3499)

Reparaturen an Uhren

werden prompt ausgeführt. Billige
Preise. Mittel-Uhrkapitel 35 Pfg.
Aug. Büttner, Uhrmacher,
3440 32 Süßstraße 32.

Meyers Kaffee

in Paketen

beste Qualitäts-Marke

empfiehlt

Otto Trepkau. 3159

Augenblicklich

ist die Auswahl in Herren- und Knabengarderoben eine sehr große und
vorteilhafte. Sämtliche Neuheiten sind eingetroffen.

Herren-Anzüge Sackjasson, 1- und dreihüg. aus kammingartigen 9⁷⁵ bis 48⁴
Stoffen und Stoffen mit engl. Charakter

Jünglings-Anzüge desgleichen, auch für lange schmale Figuren 7⁹⁰ bis 36⁴
vorrätig

Marengo-Jackett und Weste dreihüg. mit gestreifter Hose 32⁵⁰ u. besser

Knaben-Anzüge für das Alter von 2-15 Jahren in denkbar größter 1⁹⁵ bis 18.50
Auswahl

Knaben-Spielanzüge sehr beliebt, ganzer Anzug 95⁴ b. 6.75⁴

Knaben-Waschblusen gewöhnliche Form, Größe 1-10 48⁴ b. 3.25⁴
Kleiner Form, Größe 3-12 1⁹⁵ bis 6.75⁴

Strohhüte für Herren und Knaben von 20⁴ an

Südwester und Mützen für Knaben und Mädchen in großer Auswahl

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

(Lübeka-Rabattmarken oder 4% in bar.) 3447

Sonntag, den 4. Mai, ist mein Geschäft bis 6 Uhr abends geöffnet.



**Engelhardt
Malz- u. Caramel-Bier**

überall käuflich.

alkoholarm, pasteurisiert.
ärztlich empfohlen.

Friesen-Brauerei A.-G.

Hamburg-Altona.



Hauptniederlage für Lübeck bei

Fr. Kropf, Lübeck, Biergroßhandlung u. Brauerei, Glockengießerstr. 87.
3426) Telephon 458.

Telephon 458.

Bestes
Ragoda Schnell-
Wash-
Mittel

Ohne Chlor.
Garantirt unschädlich.
Schneeweiße Wäsche.
1 Pfd. nur 55 Pfg.

Überall zu haben.
Zur Einführung bis Ende 1913
gegen ausgschn. Gutscheine oder
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder
1 Schere usw. (1928
10 „ 1 echt silb. Kollier, 3 Neu-
silber-Edelöffel usw.)

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 29. April
abends 8 1/4 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Vortrag über „Die kapitalistische
Volksversicherung“ und die
„Volksfürsorge“. Referent: Koll.
Schulz.
2. Maifeier.
3. Sommervergügen.
4. Wahl der Schlichtungskommission
5. Verschiedenes.
3437) Die Ortsverwaltung.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Dienstag, d. 29. April 1913
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom
I. Quartal 1913.
2. Abänderung der §§ 3, 5, 14, 15
und 32 des Statuts. (3443
Anteilscheine legitimieren.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

P. Pape. J. Böger.

Verband d. Maler!

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 29. April
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Anträge zur Generalversammlung
2. Statutenberatung.
3. Verschiedenes.
3445) Der Vorstand.

Stockelsdorf.

Achtung Parteigenossen!

Unsere Mitglieder-Ver-
sammlung findet am Diens-
tag, dem 6. Mai statt.
3430) Der Vorstand.

Oeffentliche

Volksversammlung

am 1. Mai 1913

nachmittags 4 Uhr

mit nachfolgendem

BALL

im Lokale des Herrn J. Hering
in Moorgarten.

Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.

Referent: W. Poller, Kiel.
Um zahlreichen Besuch bittet
3435) Der Einberufer.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 30. April 1913

abends 8 Uhr

in der Stadthalle:

31. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:

Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.

Solisten: die Herren J. Szanto und

Walter Nowak.

Zur Ausführung kommen u. a.:

Ouverture zu „Die Zauberflöte“

W. A. Mozart.

Zwei ungarische Tänze

Joh. Brahms.

Ouverture zu „Die Fledermaus“

Joh. Strauß.

Potpourri aus „Der lustige Krieg“

Joh. Strauß.

Programm im Lübecker Konzert-

Anzeiger. (3444

Neues Stadttheater.

Montag, den 28. April 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

186. B. i. Volkst. 30. B. i. Montag-Ab.

Fra Diavolo Kom. Oper von Auber

3431) Opernpreise.

Dienstag, den 29. April 1913.

Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

187. B. i. Volkst. 31. B. i. Dienstag-Ab.

Die fünf Frankfurter

Lustspiel von C. Köppler. Hierauf:

Die schöne Galathe

Kom. myt. Oper von F. v. Suppé.

Schauspielpreise.

Mittwoch, dem 30. April 1913.

Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Außer Abonn. Einheitspreis 1 Mk.
Neuheit! Neuheit!

Die Schiffbrüchigen

Schauspiel von Brieux.

Die Blöße werden von Montag

ab an der Tages- und Abendkass

verloft.

In Vorbereitung: „Der Wider-

spenstigen Zähmung“. Oper v. Goeb.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 98.

Montag, den 28. April 1913.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

160. Sitzung. Sonnabend, 26. April.

Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Die Staatssekretäre, später der Reichszankler.

Ein von allen Parteien unterstützter Antrag des Abg. Beck-Heidelberg (N.) auf Abänderung der Besoldungsordnung vom 1. 10. 1912 an bringt den Postunterbeamten eine Aufbesserung von 100 Mk. und den mittleren eine solche von 200 und 300 Mk.

Reichschatzsekretär Kühn erklärt das Einverständnis der Regierung. Wir sind mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beschäftigt. (Bravo!) Auch der Resolution zum Etat, wonach der geringste Normaltagelohn für die Postboten auf 2,20 Mk., der höchste auf 3,50 Mk. festgelegt wird, stimmen die Regierungen zu. (Bravo.)

Der Antrag Beck wird hierauf in allen drei Lesungen debattelos und einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs betreffend Gewährung von Beihilfen für Kriegs-Teilnehmer.

Schöpflin (S.D.): Wir bebauern außerordentlich, daß die Erhöhung nur 30 Mk. betragen soll, das sind 8,3 Pf. täglich. Früher wurde allseitig eine stärkere Erhöhung gefordert, eine Beihilfe von 180 Mk. als das allermindeste bezeichnet. Wenn Sie die Bezahlung des Ehrensoldes an die Veteranen als eine nationale Verpflichtung anerkennen, so müssen Sie der Erhöhung auf 360 Mk. zustimmen, die wir beantragt hatten. Erst damit würden Sie die schönen volltönenden Worte erfüllen, die wir hier seit Jahren gehört haben. (Zustimmung bei den Soz.)

Baumann (Ztr.): In Frankreich, wo die Sozialdemokraten am Ruder sind (Lachen bei den Soz.), bekommen die Veteranen garnichts.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Brinz-Schönau, Carolath (natl.), Arnstadt (kons.) und Bruchhoff (Vp.) wird der Entwurf in allen drei Lesungen angenommen, mit der Bestimmung, daß er am 1. Oktober 1913 in Kraft treten soll. Debattelos werden weiter das Schutztruppengesetz über die Regelung der Wehrpflicht in den Kolonien in zweiter und dritter Lesung und die Abereinommen zwischen Deutschland und Rußland zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in dritter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung des Etats.

(Generaldebatte.)

Reil (S.D.): Was ist das Ergebnis der zwei Tagungsperioden des neuen Reichstags? Er hat im wesentlichen die Wünsche der Regierung erfüllt, die aus den Wahlen nichts gelernt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Er hat im vorigen Jahre eine doppelte Rüstungsvorlage genehmigt, die die Welt in Erstaunen setzte, und ist jetzt im Begriff, einer Vermehrung des Landheeres zuzustimmen, die noch vor kurzem als märchenhaft gegolten hätte. Dagegen hatten die zahlreichen und wichtigen Reformen, auf die das schaffende und steuerzahlende Volk wartet, immer noch der Lösung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Beseitigung des Wohnungsmangels kommt man keinen Schritt weiter, die schweren Mängel unserer Versicherungsgesetzgebung bestehen fort, der unzulängliche Arbeiterschutz erfährt keine Verbesserung, Fortgeschritten aber wird in der Brückierung der Arbeiterklasse, wofür das Beispiel des gefesselten Breslauer Parteisekretärs einen beschämenden Beleg bildet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vor dem Widerstand der Regierung weicht der Reichstag zurück, und doch würde es ihm nicht an Mitteln fehlen, seinen Willen durchzusetzen. Vor allem müßte er die Art an die Hauptwurzel des Übels legen, an das preußische Dreiklassenwahlrecht. Auch die Politik der mittleren und kleinen Einzelstaaten wird auf Schritt und Tritt von Preußen gehemmt. Wie oft ist das uns im

württembergischen Landtag passiert, daß bei Beratung sozialer und kulturpolitischer Materien andeutungsweise oder ausdrücklich auf den Eindruck ängstlich hingewiesen wurde, den ein zu starkes Vorwärtstreiben auf Preußen machen würde. (Hört, hört! bei den Soz.) Nur ein typisches Beispiel aus jüngster Zeit. Es ist uns im Laufe der Jahre gelungen, den Arbeitern der württembergischen Eisenbahnverwaltung eine ansehnliche materielle Besserstellung zu erkämpfen. Als vor kurzem einige neue bescheidene Wünsche der Arbeiter zur Beratung standen, unterbreitet uns der Verkehrsminister eine Übersicht, wonach der Unterschied der Arbeiterlöhne zwischen Preußen und Württemberg bis zu 200 Mark pro Jahr zum Nachteil von Preußen beträgt. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei preßt Preußen aus seinen Eisenbahn-Jahreserträge von fast einer Milliarde heraus, während in Württemberg kaum die Selbstkosten gedeckt werden. Das beweist schlagend, in wie hohem Grade auch die nichtpreussische Bevölkerung des Reiches einer Reform des preussischen Systems an Haupt- und Gliedern interessiert ist. Wir wünschen daher den Arbeitern und allen wahrhaft demokratischen Wählern Preußens in dem bevorstehenden Kampf um die Neuabstimmung des preussischen Landtages einen guten Erfolg. 100 Jahre nach der heldenhaften Erhebung des preussischen Volkes gegen die napoleonische Fremdherrschaft wäre es endlich an der Zeit, daß das Volk sich von neuem erhebe, um endlich die ebenso drückende Junkerherrschaft abzuschütteln. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Es würde in der Wahlrechtsfrage rasch Erfolg zu erzielen sein, wenn das liberale Bürgertum unbedünnt um die Verschiedenheit der grundsätzlichen Auffassungen und Ziele mit der Arbeiterklasse ein Stück Weges gemeinsam marschieren würde, der übermüdeten werden muß, wenn auch nur der Grad demokratischer Entwicklung erreicht werden soll, den auch wahrhaft bürgerliche Demokraten erstreben. Der Liberalismus, namentlich der linksliberalismus, belastet aber sein Schuldfonto bis zum Bankrott, wenn er, wie es bereits feststeht, auch diese Gelegenheit unbenützt läßt, Preußen und damit das Reich einen Schritt vorwärts zu bringen. Die Vertreter der Liberalen aus Süddeutschland in diesem Hause könnten ihren norddeutschen Gefinnungsgenossen aus ihrer Ergrübelung berichten, daß im Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Fortschritte erzielt werden können, wenn der ernste Wille dazu vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch konservative Zugewinne beständen, daß in Süddeutschland, wo Wahlrechtsreformen nach langen Kämpfen errungen sind nicht eine Verflachung und Verrohung der Sitten eingetreten ist, die der Reichszankler als untrennbar verbunden mit demokratischen Rechten erachtet, sondern im Gegenteil eine geordnete Fundamentierung der politischen Kämpfe, die dem Volkswohl nicht zum Nachteil gereichten. Wenn trotzdem die preussische Arbeiterschaft in dem Kampfe um ihr Recht allein bleibt, wenn bei der bürgerlichen Linken wiederum das Klasseninteresse auf Kosten des Rechtsempfindens steigt, und wenn so die Entscheidung über die Reformierung Preußens sich noch einige Zeit verzögert, so mögen die an der Herrschaft befindlichen Klassen und Parteien sich darüber freuen. Triumphieren dürfen sie nicht, denn auf die Dauer erträgt das preussische und deutsche Volk den jetzigen Zustand nicht, der wie ein Alp auf der politischen Entwicklung des ganzen Reiches lastet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Arbeiterklasse des kleinen belgischen Landes hat in diesen Tagen durch ihren bewundernswerten Kampf der Welt gezeigt, daß sie gewillt und fähig ist, Opfer zu bringen für ihr Recht, für ihre Ehre. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Wir beglückwünschen die belgischen Arbeiter (erneuter lebh. Beifall b. d. Soz.) zu ihrer heroischen Leistung, zu ihrem Teilerfolg und wünschen, daß ihnen in Wäldern ein voller Erfolg beschieden sein möge. Aber ebenso, wie ihre belgischen Kampfgenossen, werden auch die preussischen Arbeiter alle zu Gebote stehenden Mittel aufbieten zur Erreichung ihres hehren Zieles. An der Regierung liegt es, schwere Erschütterungen zu vermeiden, die unabwendbar sein werden, wenn brutal und gewalttätig an der Rechtslosigkeit breiter Volksmassen festgehalten

ten wird. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Der Reichszankler dreht sich im Kreise wie ein Zirkussperr, das in seinen Gängen dem Publikum klug erscheint, in Wahrheit aber nur den Winkeln der Peitsche folgt. (Sehr gut bei den Soz.) Graf Westarp und Erzberger sind die Stallmeister, die Oberregie hat Herr v. Heydebrand. (Seitertzeit.) Nach einer agrarischen Nummer folgt immer eine militärische, nach einer militärischen wieder eine agrarische. Die Regierung steht eben im Banne kleiner Cliquen, die ihr Sonderinteresse über die Interessen des Allgemeinwohls stellen. Erst in jüngster Zeit haben sich weite Volkstreife davon überzeugen können, daß nicht die internationale Lage entscheidend war für die Einbringung der ungeheuren Rüstungsvorlagen, sondern die Machenschaften der Progentpatrioten. Mit wachsendem Erstauern hat das Volk Kenntnis genommen von Korruptionsercheinungen, durch deren Aufdeckung den patriotischen Profitjägern die Larve ein wenig gelüftet wurde. (Sehr gut! bei den Soz.) Der unilich abgefeimpelte Patriotismus hat einen empfindlichen Knag bekommen, von dem er sich sobald nicht wieder erholen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und es wächst der Wunsch, daß all die geheimen Fäden bloßgelegt werden, durch die die Rüstungstreiber miteinander international verpfligt und verbunden sind. Die Reinigung der unsauberen Atmosphäre kann allerdings nicht dadurch erfolgen, daß unmittelbare Vertreter der Firma Krupp in den Reichstag gesandt werden, auch nicht dadurch, daß Herr Giesberts sein Mandat zur Vertretung der Kruppinteressen ausübt. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Firma Krupp fehlt es ja schon bisher in diesem Hause nicht an anonymen Anwälten, aber nicht die Interessen von Privatunternehmern, sondern die des deutschen Volkes sind hier zu wahren. Könnte die Regierung noch vor kurzem hoffen, eine Art Hurrafformierung zu erzeugen, unter deren Herrschaft die Riesenrüstungsvorlage im Handumdrehen Annahme finden würde, so wird sie heute finden, daß auch in bürgerlichen Wählerkreisen das hurrapatriotischen Barometer rapide gesunken ist. Vor 50 Jahren sprach Lassalle gegenüber einer gewissen Presse das Wort: „Wenn einer um des schönsten Gewinnes wegen das geistige Leben des Volkes tagtäglich durch tausend Brunnen vergiftet, so ist das das schwerste Verbrechen, das ich fassen kann.“ (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist kein geringeres Verbrechen, dessen die Presse des Panzerplattkonzerns sich schuldig macht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gibt keinen gefährlicheren Volkseind, als jene Kreise, die um ihres persönlichen Gewinnes willen nicht nur die Steuerkraft des Volkes verwüsten, sondern die Lunte selbst an das Pulverfaß legen möchten, das das waffenstarrende Europa jetzt bildet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Aufatmen würde durch das Volk gehen, wenn die Regierung die Rüstungsvorlage sobald als möglich zurückziehen wollte. Das blutige Schauspiel auf dem Balkan ist beendet und die Balkanvölker selber werden für eine Großmacht nie eine Gefahr sein, welche sich von unverantwortlichen Mißgriffen freihält. Kein Mensch mit normal entwickeltem Gewissen wird auch nur einen Moment mit der Möglichkeit rechnen, daß um des sammengeschossenen Stutari willen ein europäisches Blutvergießen beginnt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Frage, ob die albanische Grenze so oder so gezogen wird, hat keine Bedeutung gegenüber dem Friedenswillen von Millionen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gewiß führt trotz der guten offiziellen Beziehungen zu Frankreich der nationalistische Mob diesseits und jenseits der Grenze allerlei Spektakel aus. Das kann er aber nur, weil er einflußreiche Gönner hat, und von einer gewissenlosen Presse aufgebläht wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Haben wir doch in der Presse des Rüstungskapitals erst vor kurzem die frivole Äußerung lesen können, die Franzosen seien das unständigste Volk Europas, sie besäßen die niedrigste, heimtückischste Gesinnung. (Lebh. Zurufe bei den Soz.) Vizepräsident Paasche erklärt Zurufe für unparlamentarisch.) Zwar hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ der „Post“ — um diese handelt es sich — eine Vorlesung über gute Gesinnung gehalten. Aber die Regierung sollte doch wissen, daß sie selbst mit ihren Rüstungsbestrebungen diese Ausbrüche des Chauvinismus verschuldet. Schon in der Schule beginnt das Einträufeln des chauvinistischen Geistes in die Gemüter, in den

Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenwind-Eriksson.

Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(8. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Nach diesem Selbstgespräch erhob er sich und fing an, im Zimmer auf und nieder zu spazieren, teils froh über den Gewinn, den er im Geiste vor sich sah, teils unruhig wegen des Sturmes, der immer bestiger wurde. Gewitter und Sturm waren das Einzige, was diesen Mann fürchtete.

Er trat an die Kaufkontrakte heran, die in diesen Bänden an der Wand unter dem Bild des Königs hingen, und meinte halblaut: „Sogar die Jahreszeit meint es gut... je härter sie wird, desto vorteilhafter für uns. Aber dieser Sturm ist gräßlich.“

Damit wandte er sich einem kleinen Schrank zu, öffnete die Tür und nahm eine braune Flasche heraus, von deren Inhalt er in ein Spitzglas goß, leuchtete und trank. Er wiederholte dies mehrere Male und suchte dazu über das Unwetter, aber weder das Trinken noch die Flüche wollten helfen. Das Rären da draußen und das Heulen des Sees waren jetzt mehr, als der Mann aushalten konnte, zumal auch die Dämmerng anbrach. Und seine Angst wuchs ihm vollständig über den Kopf, als er jetzt zum Fenster hinaussah und die blaue-schwarze Wolke gewahrte, die wie ein riesiger Adler über das Gebirg gelagert kam, um gleich darauf von einem fürchterlichen Bliz in Stücke gerissen zu werden. Da nahm er seine geliebte Flasche, eilte die Treppe hinunter in die Küche und tauchte hier wie eine flügellose Dumme durch eine Kellertür unter.

Jan hatte sein Herz wohl verwahrt, und alles, was man im Mittelalter nennt, lag ihm gänzlich fern, jedoch er beim ersten Blick dem Beschauer wie ein eben aus dem Wasser aufgetauchter Rieselfisch vorkam. Aber in dieser Stunde schlug ihm das Gewissen.

Er stolperte lange im Dunkeln umher, bis er schließlich gegen eine Bank stieß, auf die er sich niederließ. Er setzte die Flasche aus der Hand und ließ das Tun und Treiben seines Lebens an sich vorüber ziehen, während er dem Heulen des immer wachsenden Sturmes lauschte.

Er hatte sich jetzt auf die Bank gelegt, und allmählich kam es ihm vor, als wäre er schon gestorben und läge tot in seinem Grabe. Bei diesem Gedanken begann er laut zu weinen, aber er tröstete sich damit, daß ihm wenigstens seine Flasche geblieben. Er tappete danach mit den Händen, konnte sie aber nicht finden. „O“, sagte er, „sie ist fort, sie haben sie mir gehohlen; denn sie haben mich. Alle, alle haben sie mich! Ach,

wo sind meine Kinder — meine hoffnungsvolle Tochter und mein kleiner Junge? Können sich nicht die Toten in ihrem Grabe umdrehen? O!“ Er drehte sich um und fiel von der Bank auf den Boden, wo er liegen blieb, aber die graulichen Gesichte seines bösen Gewissens wollten nicht weichen. Er meinte Göran Maler tanzen und springen zu sehen und fühlte, wie dieser seine kleinen, stehenden Augen fest in die seinen bohrte, wobei sich die klägliche Gestalt bisweilen mit einer zerrissenen Mütze in der Hand demütig wie ein Bettler verneigte. Aber gleich darauf hob der Tanz mit erneuter Energie an. Die zerkumpten Kleider flogen und klatschten aneinander, die lange Unterkleide rührte sich im Takt, und schließlich schrie Göran: „Du hast mich von meinem Hof und Erbe getrieben! Bezahl mir den! meine Kinder hungern! Und wer hat den Wald angefaßt, wo ich mich später angebaut hatte? Du bist es gewesen. Du branntest meine Ernte, meine Scheuer ab, alles, was ich hatte, damit Du billiger kaufen konntest. Bezahl mir meine saure Arbeit; denn meine Kinder müssen hungern. Du hast mich an den Bettelstab gebracht, und in der Not wurde ich zum Dieb. Seiher bin ich ein Ausgestoßener. Bezahl mich, Nordbrenner!“

Endlich zerrann die Erscheinung, aber nur, um einer neuen Plage zu machen.

Jan sah sich auf einer grünen, sonnigen Wiese liegen, und um ihn her standen viele Bauern und wegten hin und her wie Schilf im Winde. Sie trugen eigengemachte Röde, rote Zippelmützen und weiße Lappenschuhe mit bunten Bändern um die Fußgelenke. Und aller Augen lagen auf Jan und dem braunen Flasche, die neben einer feinen Kaffeetasse und einem sauber geschriebenen Papier zu ihren Füßen im Gras lag. Jan öffnete die Kaffeetasse, und die Sonne schien auf die gelben Scheine. Da legten sich alle Bauern auf die Knie, schlugen und stießen sich, und jeder wollte der erste sein, der sein Zeichen auf das Papier malte.

Das war der erste Schritt der Waldindustrie.

Bei diesem für Jan erfreulichen Gesicht kam er wieder zur Besinnung: „Hm! ich bin ja wohl nicht klug, ich lieg' ja in meinem eignen Keller.“

Und die Schrecken der Sturmnacht ließen sich jetzt leichter überstehen.

Gerade wie sich die ersten Vorboten des Unwetters meldeten und ungefähr zur selben Zeit, wo Jan in seinen Keller tauchte, schaukelte ein Fischergahn draußen auf dem Sennbergsee nicht weit vom westlichen Ufer, wo das Gebirge fast senkrecht abfällt. In den Netzen handierte ein kleiner, magerer Mann in eigengemachtem Rod, roter Zippelmütze und Lappenschuhen. Das war Hans Lia, ein Bauer aus dem Dorfe. Der Mann, der die Ruder führte, hieß Klemet — ein Name mit

tiefernden Augen —, der sein Zelt jenseits des Sees im Dunkel des Fichtenwaldes hatte.

Bei den ersten Anzeichen des Sturmes ruderten sie an Land, zogen den Kahn in den Schuppen und entfernten sich dann eilig in entgegengesetzten Richtungen. Hans Lia dem Dorfe zu, und Klemet nach seinem Zelt. Sowie der Lappe drinnen war, setzte er sich mit gekrauteten Beinen auf das Reisiglager und fing an, Tabak in seine Pfeife zu schneiden, wobei er nachdenklich in die kalte Asche starrte. Schließlich begann er mit sich selbst zu sprechen. „Weiß, wie der Wolf in meine Herde fiel, damals auf dem Steinberg. Kein Glück! Kein Glück! Jedem Mann ist sein Schicksal im voraus bestimmt — jeder Frau wohl auch. Ich weiß wohl, wie ich vor einem halben Sommer der feinen Herrschaft den Weg von Norwegen herüber zeigte. Kein Glück! Kein Glück! O, Klemet weiß viel, was keiner wissen soll. Aber der Lappe kann schweigen. Unglück macht stumm. Ja, die Zeit des Lappens ist aus — die Zeit des Bauern auch, nur die Wölfe wie Jan und seinesgleichen werden immer mehr. Wie wird's Grels geh'n, wenn die Herren ihn erst ganz in ihrer Hand haben? Doch der hat einen erwachsenen Sohn — ich bin kinderlos — hab' keinen, der mich rächen kann.“

Während Klemet so seinen traurigen Gedanken nachhing, wanderte Hans Lia am Bach hinunter. Er sprang leicht von einem Felsblock zum andern, lief über die Sümpfe und Moräste und balancierte geschickt auf den schmalen Stegen. Aber als er den Fichtenbestand erreicht hatte, wo der Pfad schmaler wird und sich in fleten Windungen krümmt, brach plötzlich die Dunkelheit herein, dazu hatte der Sturm jetzt freie Zügel und kam wie ein stehendes Heer aus Westen gen Osten. Hans Lia eilte noch immer vorwärts, aber er stieß fortwährend gegen einen Baumstamm. Schließlich sank er in die Knie und fing an, auf allen Vieren zu kriechen. Da kam der erste Donnerschlag, und nun fürchten ständig neue Blitze den schwarzen Himmel. Im dunklen Fichtendickicht war es bisweilen so hell, daß Lia die Baumstämme und die bemooften Steine sehen konnte. Zuletzt kam er an einen Felsblock, dessen eine Seite eine Art Dach bildete, und da er keine Möglichkeit sah, aus dem Dickicht herauszukommen, entschloß er sich, in die Höhle zu kriechen, um hier den Anbruch des Tages zu erwarten.

Kaum war er unter seinem Block, da brach auch der Regen los. In seinem ganzen Leben hatte er noch nie ein so fürchterliches Unwetter gesehen, und dabei wuchs der Orkan noch mit jeder Minute. Lia starrte geradeaus ins Dunkel, fast kam ihm ein Grauen an. Aus den dunklen Schatten der Fichten konnte er den Kampf ahnen, der hoch über ihm raste. Sie wegten hin und her, neigten sich und richteten sich wieder gerade, aber nur, um sich im nächsten Augenblick in einer be-

staatlich subventionierten Jugend- und Sportvereinen lebt er sich fort, in den Kriegereinheiten wird er weitergepflegt, und dann wundert man sich, wenn sich chauvinistische Ereignisse ereignen. Viele Kräfte sind am Werk, das ganze Geistesleben unseres Volkes zu militarisieren. Es ist daher eine Kulturart ersten Ranges, wenn die Sozialdemokratie dieses Treiben mit aller Kraft bekämpft. Und sie kämpft mit Erfolg. Wer hinter den treibenden Kräften der Sozialdemokratie die finsternen Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit wittert, dem muß es an jedem Gradmesser für die treibenden Kräfte des 20. Jahrhunderts fehlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie wird sich dadurch nicht beirren lassen, daß ihr in ihrem Kampfe gegen den Militarismus die bürgerliche Linke die Unterstützung verweigert. Die Interpellationspresse scheint allmählich zu merken, daß die Stimmung im Volke abflaut. Sie spricht daher von der Notwendigkeit der Durchpeitschung der Rüstungsvorlage. Aber damit wird sie kein Glück haben. Die Regierung könnte sich Vertrauen erwerben, wenn sie sich bemühte, mit den übrigen Nationen, namentlich mit Frankreich, zur Verständigung zu kommen. Aber das wird sie nicht tun, sie wird auf dem Vulkan weiter wandeln und die Mehrheit wird ihr folgen. Unsere Finanzen werden durch den Militarismus zerrüttet. Deshalb bildet die Deckungsfrage ein überaus ernstes Problem. Die äußerste Rechte warnte vor 14 Tagen bereits vor einer zu starken Inanspruchnahme des Budgets; ehe noch der erste kleine Schritt getan ist, werden schon Grenzen gezogen und wird ermahnt, den Massenkonsument weiter zu belasten. Man stellt es so dar, als ob die Sozialdemokratie sich darnach dränge, die Deckung zu bewilligen. Mit solch unlauteren Mitteln will man das Gewicht unserer Stimmen ausschalten. Die Sozialdemokratie wird aber den Blauschwarzen nicht den Gefallen tun, sie unter sich zu lassen, um dem Volk das Joch über die Ohren zu ziehen. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Sie wird zugleich versuchen, das Steuerwesen des Reiches und der Einzelstaaten auf eine neue Grundlage zu stellen. Das Deckungsprogramm der Regierung schafft nicht Ordnung, sondern verwickelt die Lage, es bricht den Bundesstaaten das Rückgrat selbständiger Finanzwirtschaft, sie werden zu Klingenbeutelnägeln des Reiches gemacht. Was bleibt da vom Föderalismus noch übrig als ein bloßer Schatten? Wir verlangen dauernde Vorkehrung für eine Schonung der steuerlich maßlos ausgegangenen Volksschichten, und wir wollen durch die Verbringung des Portemonnaies der Besitzenden ihr Verantwortlichkeitsgefühl wecken. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Wollen die Liberalen sich dem Steuerprogramm der Rechten fügen, unser politischer Nachteil wird es nicht sein. Zu der Verantwortung, die Sie sich mit der Zustimmung zur Heeresvorlage aufbürden, käme dann noch die für ein Steuerpulschwert, das im Volke neue Enttäuschung auslösen muß. Uns Sozialdemokraten hängt nicht vor dem Kommenden. Wir werden alle Kräfte einleiten für die Erhaltung des Friedens und gegen die Entfesselung der Bestialität. Verlagt die Geschickung, nun, so wird das Volk noch mehr Sozialdemokraten in den Reichstag schicken. Ihr Widerstand war dann ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Die Diskussion schließt. Persönlich bemerkt: Giesberts (Z.): Ich übernehme kein einseitiges Mandat; wenn aber Krupp oder eine arme Witwe ungerechtfertigt angegriffen wird, und an mich herantritt, so übernehme ich gern seine Rechtfertigung. Der Etat des Reichskanzlers wird debattelos erledigt.

Etat des Auswärtigen Amtes.

Bernstein (SD.): Weder der Reichskanzler noch der Staatssekretär des Auswärtigen hat es für wert gefunden, der Frage des Abgeordneten Keil in bezug auf Stutari eine Antwort zu erteilen. Das deutsche Volk hat Anspruch darauf, von dieser Stelle zu hören, welche Stellung die Reichsregierung zu dieser wichtigen Frage einnimmt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Frage darf nicht Anlaß geben, den Weltfrieden zu hören. In der Tatjache, daß Montenegro die Eroberung

angrenzenden Bogenform nach Osten zu legen, während es ringsumher in den Wurzeln knitterte und knackte und ein Weihen und Heulen durch die Kronen fuhr. Das dauerte bis gegen Mitternacht — vielleicht länger, da hab ein Krachen und dumpfes Dröhnen an. Es ging zu Ende mit dem Wald. Da sah, wie die Fichten, die ihm am nächsten standen, fielen. Und rings umher allüberall herrschte das schauerliche Getöse. Als es eine Horde Riesen vorbeijagte und alles niedertrat.

Hans Via froh es durch Markt und Wein. Unter seinem Blau kroch er wie ein Hund in sich zusammen und zog die Fäden über die Augen.

So lag er lang da, wie gelähmt. Als er endlich aufzusehen wagte, hatte der Sturm sich gelegt. Er war Morgen und Via glaubte einen Augenblick, daß alles nur ein müder Traum gewesen.

Aber als er aus seiner Höhle heraustrat und Umschau hielt, bot sich ihm ein trauriger Anblick. Hier, wo er so oft seine Schlingen zwischen den Fichten gespannt, war alles fahl und eck. Angebrochene und mit den Wurzeln aufgerissene Stämme lagen zersplittert und breiteten sich wie eine gewaltige Trümmermaße über das ganze Land.

Und der alte Hans Via stand und weinte.

Als es Tag geworden, hatte Jan ebenfalls seinen Zustand verlassen; er sah jetzt in seinem Kontor und betrachtete von seinem Fenster aus das nächtliche Geheißnis. Die hochbewaldeten Berge jenseits des Sees, die noch am gestrigen Abend ihm Herz und Auge geliebt, waren jetzt traurig anzusehen.

Die abgebrochenen Baumstämme glänzten in der Sonne; dazwischen kumpfte Stellen, die bis dahin nie zu sehen gewesen waren und die sich in dieser Entfernung wie reife Kornfelder ausnahmen. Es war tropisch und Jan seufzte tief auf.

Da ging die Tür, und Hans Via kam schamlos herein, naß und traurig. Die graue Fäden glück einem Saß, das weiße Haar hing ihm wie ein Gesicht und seine Augen starrten wie an: Jan, indes seine Finger an der roten Mütze zupften. Ueber seine spitze Nase und die eingefallenen Wangen zogen sich breite Schweißstränder und die Halsknorpel seiner Lappenschuhe, die so leicht getreten waren, daß er auf den Schößen ging, zeigten nach innen und in die Höhe.

Reich einer Weile hing er an zu erzählen, aber Jan schloß die Augen und legte am Ende: „Gib Dich zufrieden, Via. Alles Schöne ist vergänglich, und hin ist hin. Aber wenn wir nur die Hoffnung nicht aufgeben, kann noch alles gut werden.“

„Ja“, sagte Via leise und ging wieder hinaus.

Über im Garten riebete Jan. War denn nicht diese Erinnerung der letzten Viertel? Es war ein seltsames Jahr, und jung und alt wachte im Wald tagelangen Mienen, und wer noch unerschrocken Wald hatte, warhe ihn jetzt verlassen. In jenen Zeiten, wenn die Stämme nicht liegen und faulen sollten. Die Waldarbeit ging einem neuen Triumphe entgegen und Manß und Hier wurden ihr dienbar und unterliegend.

Bei diesen Gedanken glaubte Jan alle Verantwortung zu haben, die seinen Sinnes zu werden, und er verzog seine Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

Stutari gegen den Wunsch der Mächte nollzogen hat, erblickten wir nur die Konsequenz der bis dahin betriebenen Politik des Status quo, die im Gegensatz zu den vitalen Interessen der Serben und Montenegriner getrieben wurde. Wir wollen den Widerstand Montenegros gegen eine vernünftige Lösung nicht unterstützen. Wir verlangen aber, daß die Regierung sich nicht zum willenlosen Schlepptreuer Österreichs macht, sondern eine Politik des Friedens im Interesse aller Völker treibt.

Colshorn (Welfe) klagt darüber, daß das neue Botschaftsgebäude in Petersburgs ästhetischen Ansprüchen nicht genüge.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Auf der Botschaftskonferenz in London haben die Mächte festgesetzt, daß Stutari Albanien gehören soll. Für uns ist die Sache damit res judicata. Wir, wie die anderen Mächte haben gefunden, daß an diesem Beschluß durch die Einnahme Stutaris nichts geändert werden kann. (Bravo!) Die Londoner Botschaftskonferenz hat beschlossen, den König von Montenegro aufzufordern, Stutari zu räumen. Ueber weitere Maßnahmen, falls er sich dieser Aufforderung nicht fügen wird, wird beraten werden. Weiteres kann ich jetzt nicht sagen.

Prinz Schönau-Carolath (M.) schließt sich den Klagen des Colshorn über das Petersburger Gesandtschaftshotel an.

Der Etat wird bewilligt.

Etat des Reichsamts des Innern.

Dr. Fachsenber (Ztr.) bejwortet eine Resolution, die zum Schutze der Landwirtschaft und des realen Handels ein besonderes Gesetz über den Handel mit Düngemitteln, Futtermitteln und Sämereien verlangt, um den in diesem Handel herrschenden und immer mehr um sich greifenden Mißständen entgegenzutreten.

Stöwe (M.) und Abg. Kretz (K.) erklären ihre Zustimmung zu der Resolution.

Wurm (SD.): Auch meine Freunde erkennen an, daß diese Materie einer gesetzlichen Regelung bedarf. Gerade der Kleinhandel wird in unverantwortlicher Weise durch Zwischenglieder geschädigt. Da man zur Moral im heutigen Staatsleben durch gute Worte nicht erziehen kann, bleibt nichts übrig, als dem Strafrichter größere Befugnisse zu geben. Die Resolution wird angenommen.

Dombed (Nole) tadelt die einseitige Parteinahme der Behörde gegen die streikenden ober-schlesischen Bergarbeiter.

Bernstein (SD.): Wir protestieren dagegen, daß Militär in Massen in das Streikgebiet gelangt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Kürzlich hat der Bischof von Oxford vor streikenden englischen Arbeitern die Hoffnung ausgedrückt, daß sie ausharren würden; nichts sei in den letzten 50 Jahren in England so wohlthätig für die Nation gewesen, wie die Gewerkschaften. (Hört! hört!) In unseren Regierungskreisen aber sieht man in jedem Streik eine Art Revolution und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat sich sogar in die Verhältnisse des Auslandes eingemischt und den belgischen Arbeitern den Text gelesen. In der Tat war dieser Streik ein Kulturwerk ersten Ranges. (Bravo! b. d. Soz.)

Schulz (SD.) protestiert gegen die Benachteiligung der proletarischen Jugendbewegung im Gegensatz zur bürgerlichen.

Gestern haben in Berlin 5 große unpolitische Versammlungen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen getagt. In der Versammlung, in der ich sprach, rief ich, von einer Diskussion Abstand zu nehmen, um jede Störung zu vermeiden. Das geschah auch. In einer Schlussbemerkung wies der Versammlungsleiter darauf hin, hier sei der Beweis geliefert, daß Jugendversammlungen vollkommen unpolitisch verlaufen können. Versammlungen der bürgerlichen Jugendbewegung seien so unpolitisch nicht. Es sei bedauerlich, daß diese sich politisch betätigen könnten und dazu noch aus dem Millionenfonds der Regierung gespeist würden. Bei diesen Worten sprang der überwiegende Polizeikommissar mit puterem Kopf nach vorn und sagte dem jungen Mann: „Sie werden jetzt politisch. Hören Sie sofort auf! Ich werde sonst den Antrag stellen, daß diese Versammlung aufgelöst wird.“ Gewiß eine sehr geistreiche Bemerkung. Ich habe mit kurzen Worten die Versammlung geschlossen, um sie würdig auslaufen zu lassen. Der Versammlungsleiter verabschiedete sich schnell von mir und sagte, er wolle auf die Straße gehen, um zu verhindern, daß Unruhen entstehen. Aber der Polizeileutnant rannte ihm nach und hielt ihn fest. Natürlich wurde dadurch die Versammlung wieder aufgeregt. Er erklärte: Ich muß Ihre Personalkarte feststellen, ich werde Sie zur Wache bringen. Aber der junge Mann verhinderte das, indem er seinen Namen nannte. Solche Zustände müssen uns doch mit größter Erbitterung erfüllen. Das Reichsvereinsgesetz muß geändert werden, um so skandalöse Vorgänge unmöglich zu machen. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Colshorn (SD.): Mich hat man gestern nicht ausreden lassen. Schon als ich in die Versammlung kam, sah ich in den Nachbarhäusern einige Duzend Schulkleute versteckt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe auch völlig unpolitisch gesprochen. Unter anderem wies ich darauf hin, daß es große Opfer koste, Arbeiterjugendheime zu errichten, während bürgerliche Jugendheime sich reicher Geldsendungen erfreuten. Als ich sagte woher das komme, darüber wolle ich heute nicht sprechen, weil ich in einer unpolitischen Versammlung spräche, löste der Polizeioffizier die Versammlung auf. (Hört, hört!) Die Auflösung war auf jeden Fall ungeschicklich, höchstens hätte der Beamte die Entfernung der Jugendlichen verlangen können. Müßen sich nicht alle gebildeten Leute geradezu schämen über ein derart kleimliches und unkluges Vorgehen der Polizei. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die jungen Leute werden ja geradezu mit Mißtrauen gegen alle staatlichen Maßnahmen erfüllt. Wenn in dieser Weise Wind gefät wird, brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Sie Sturm ernten werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Siebel (SD.) verlangt die Befreiung der Aufstellung von neuen Dienstordnungen für die Angestellten der Berufsvereinigungen durch das Reichsversicherungsamt. Sollte das nicht möglich sein, so müßte den neuen Bestimmungen über die Gehälter der Angestellten rückwirkende Kraft gegeben werden. Die Musterdienstordnung des Reichsversicherungsamtes läßt jeden sozialen Geist vermissen, und trotzdem genügt sie den Unternehmern noch nicht. Hoffentlich kommt das Reichsversicherungsamt dem Unternehmerstandpunkt nicht noch weiter entgegen. (Beifall b. d. Soz.)

Die Diskussion schließt, der Etat wird bewilligt.

Haack (SD.) beantragt zur Geschäftsordnung, den Titel „Kriegsminister“ jetzt von der Beratung auszuschneiden. Wenn wir dem Lande nicht geradezu das Bild entwürdigender Verhandlung bieten wollen (Sr. Unruhe rechts) werden wir heute nicht fertig.

Graf Westarp (K.) widerspricht.

Der Antrag Haack wird abgelehnt.

Etat des Kriegsministeriums.

Stöcklen (SD.): Der Kriegsminister hat mir die Behauptung in den Mund gelegt, das Offizierskorps würde im Ernstfall verjagen. Ich habe lediglich bezweifelt, ob die verjagten Söhne der Junker und des Geldgüterums den Anforderungen des Ernstfalles gewachsen sein würden. Soldatenführer müssen wir zur Sprache bringen. Das setzt uns vor dem Ausland nicht herab. Keiner verweist auf den jauch von der Presse mitgeteilten Fall der Mißhandlung eines freiwillig bei den Garde-Majoren eingetretenen jungen Mannes durch die älteren Kameraden. Wenn der Mann ein ganzes Jahr gemißhandelt wird und mit zerfallenen Gesicht heimkehrt, und der Rittmeister niemals Zeit findet, ihn nach dem Grund zu fragen, so muß der Rittmeister entlassen

werden. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Das Militärkabinett hat in der Verfassung keine Stütze. Aus einer Kanglei des Kaisers ist es allmählich zu einer Instanz von großem Einfluß geworden. Wir müssen seine Befestigung verlangen. Nach der Verfassung ist der Kriegsminister allein uns verantwortlich, und doch wird er bei Personalfragen vollständig ausgeschaltet. Der Chef des Militärkabinetts ist beständig in der Nähe des Kaisers, während der Kriegsminister nur gelegentlich empfangen wird. Es ist immer peinlich, ihn anzugreifen, da man weiß, er ist gar nicht der wirkliche Täter und muß die Tüde auffangen, die eigentlich anderen gebühren. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Bülow bestritt das Befestigen einer Kamarilla, aber wo stammen denn die Presseangriffe gegen den Kriegsminister in dem eckelregenden byzantinischen „Lokalanzeiger“ her? Solange das Militärkabinett besteht, wird kein Frontoffizier die Aussicht, Kriegsminister zu werden, und als solcher der Rufgefang für andere zu sein, freudig empfinden. Wir greifen den Kriegsminister als Träger eines Systems an. Ob Herr v. Seezungen an dieser Stelle sitzt, oder der als zukünftiger Minister bereits genannte Sirt von Arnim, ist uns ganz gleich. Die Ausgaben für Generalswohnungen sind enorm, und doch ist es immer noch billiger, einem General 15 330 Mark Wohnungsgeld zu bezahlen, als ihm eine Wohnung im besonderen Dienstgebäude zu liefern. Redner bespricht den Grundstücks- handel des Kriegsministeriums mit Herrn v. Winterfeldt (Vizepräsident Dove: Diese Forderung ist ja zurückgezogen.) Ueber die Handlungen des Kriegsministers stehen zur Debatte. Es entsteht die Frage, wer für die Entschädigung von 2 1/2 Millionen Mark aufkommen soll, die Herr v. Winterfeldt jetzt verlangt. Mit der Zurückziehung der Vorlage ist diese Frage keineswegs gelöst. In der Viktoriastraße ist das Gebäude bereits bis zum Dach; es soll 19 Geschäftszimmer und 28 Wohnzimmer enthalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist doch kein Dienstgebäude mehr, sondern ein Wohngebäude, und ein solches hätte der Reichstag sicher nicht bewilligt. Ein Wohngebäude nach der teuersten Gegend Berlins zu legen, grenzt ja an Wahnsinn. (Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.) Auf dem Tempelhofer Feld könnte man das Dienstgebäude errichten. Am praktischsten wäre es, wenn der Chef des Militärkabinetts in einem Eisenbahnwagen wohnte (Heiterkeit), da er mindestens drei Viertel des Jahres mit dem Kaiser unterwegs ist. Wenn ein Beamter auf eigene Faust Grundstücksgeäfte macht, muß er die finanziellen Konsequenzen tragen. Der Kriegsminister, der von dem Geschäft gewußt hat, ist mit verantwortlich. Kann der Kriegsminister nicht zahlen, so wird das Gut Hohenjow ja wohl noch 2 1/2 Millionen Mark wert sein. (Heiterkeit.) Auf keinen Fall darf die Reichskasse einspringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Heeresverwaltung sollte überhaupt vom Grundstücks-handel die Finger lassen. Beim Truppenübungsplatz bei Jözen hätten wir 5 Millionen sparen können, wenn das Kriegsministerium nicht gerissenen Grundstücksstiebers in die Finger geraten wäre. So hat es für ein Grundstück, das kurz vorher 51 000 Mk. gekostet hatte, 249 000 Mark gekostet. (Hört, hört!) Sehr patriotische Leute haben dabei die Hand im Spiel gehabt. So fügte es der Zufall, daß ein Verwandter des Bürgermeisters von Jözen ein Gelände kaufte, das kurz nachher an die Militärverwaltung verkauft wurde. Ich kann mir denken, daß alle Leute, die Grundstücke haben, sich danach sehnen, mit der Heeresverwaltung Geschäfte zu machen. (Heiterkeit.) Beim Enteignungsverfahren würden die ganzen Schiebergewinne beiseite gelassen. Revidiert der Generalleutnant Stabs-Konservenfabriken, so findet er immer alles in schönster Ordnung. Man hat nämlich immer zwei Tage vorher gewußt, wenn er einen Besuch machen wollte. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei den Grundstücksverkäufen der Heeresverwaltung muß das Interesse der Steuerzahler in Zukunft besser gewahrt werden. (Bravo! bei den Soz.)

Günther (Sp.) wünscht eine kleine Garnison in einem Nachkreis. (Uhal und Gelächter bei den Soz.)

Liesching (Sp.) Die schlimmsten Mißhandlungen rühren von den Kameraden selber her und zwar gerade bei der Kanallerie mit ihrer dreijährigen Dienstzeit. Die Vorgesehen müssen auch hierfür verantwortlich gemacht werden. (Sehr richtig! links.) Das Grundstücksgeäfte des Kriegsministeriums erinnert an Moabiters Schieberprozesse. Die Verantwortung für alle Folgen müssen wir allein dem Kriegsministerium überlassen. (Bravo! links.)

Dr. Liebknecht (SD.): Meine Ausführungen über die Firma Krupp haben mir die heftigsten Angriffe eingetragen. Wenn die guten Leute wüßten, wie gleichgültig mir ihre Beschimpfungen sind, würden sie sich vielleicht die Mühe gespart haben. Der Fieb hat jedenfalls gesehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Meine Worte haben gewirkt wie ein Schuß in eine Scha- r schmausender Krähen, die nun mit müßtondem Gedächtnis auseinanderstieben. (Heiterkeit und Seufzer! bei den Soz.) Den Vorwurf, ich sei ein Agent des Auslandes, brauche ich bloß niedriger zu hängen. Die Verteilung der Firma Krupp durch Herrn Hugenberg ist ebenfalls wortreich wie nichtsagend. Man sagt, die Summen, die zu Bestechungen verwandt wären, seien sehr gering, daher könnten höhere Beamte nicht in Frage kommen. Nun, unsere Spigeln in Preußen werden auch nicht glänzend bezahlt, und doch figuriert im Etat ein recht erheblicher Betrag für Geheimpolitik. Dr. Hugenberg meint, wenn man schon seiner Ehrlichkeit nicht trauere, solle man doch wenigstens seiner Klugheit trauen. Das hört man sehr häufig von Angeklagten, es kommt gleich hinter dem berühmten großen Unbekannten. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich trauere den Herren allerdings nicht, daß sie nicht so dumm sind, sich allzu leicht erweichen zu lassen. In diesem Sinne werden ja nun wahrscheinlich Maßregeln erfolgen. Kann man der Spitze eines Unternehmens in einzelnen Fällen die Verantwortung für gewisse Dinge, die Untergebene begangen haben, nicht dokumentarisch nachweisen, so würde das die Firma Krupp wiederum gemeinsam haben mit der preussischen Geheimpolitik und der militärischen Spionage. Aber es wird in diesem Falle, denke ich, möglich sein, diesen Schlichen nachzugehen. Natürlich stehen solchen Untersuchungen große Schwierigkeiten entgegen, weil die Angestellten, wenn ihnen bei ihrer Bestehungsarbeit ein Betriebsunfall passiert, ganz genau wissen, daß wenn sie alles auf sich nehmen und die weiteren Verbindungen nicht verraten, ihnen ein gutes Schweigegeld für die Zukunft sicher ist. In Deutschland soll gar mancher sitzen, der von Schweigegeld lebt. (Hört, hört! bei den Soz.) Dr. Hugenberg muß ein böses Gewissen haben, denn er hat bereits prophezeit, daß noch eine „Stühthombe“ plagen würde. Er muß also wissen, daß noch manches stinkt in der Firma Krupp. (Sehr gut! bei den Soz.) Dieser patriotischen Firma erscheinen Fremdwörter allein geeignet zur Bedung dessen, was sie nicht bestreiten kann. Die deutsche Sprache ist eine zu plumbe Sprache. Da wird von Repräsentationsgelbern gesprochen von Indiskretionen, die zum täglichen Brot der Firma Krupp gehörten, wie aller Dienstboten. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf deutsch heißt das „Verrat von Geheimnissen“. Weiter findet die Firma, daß das, was sie zugeben müsse, Lappalien seien. Schätzt die Firma die öffentliche Meinung wirklich so niedrig ein, daß sie sich auf eine solche Umkehrung der allgemeinen Moral einlassen wird? Das, was Krupp selbst zugibt, ist mindestens Bestechung, und Bestechung gehört zu den höchsten und kriminell am schwersten geahndeten Handlungen. Dann kommt noch eine Bemerkung, die sich die Firma patentieren lassen kann. Es heißt, daß „Brand die Mittelstamm seiner Bekannten in strafbarer Weise zu erhöhen gesucht habe“. (Heiterkeit.) Die geschäftliche Moral dieser Firma

und zwar jetzt nachweisbar an der Zentrale, läßt bedenklich zu wünschen übrig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schließlich erdreißet sich Augenzeuger zu sagen, daß es im Grunde genommen überhaupt keinen Fall Krupp gäbe, sondern einen Fall Liebknecht. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein Maß von Selbstkürzung, das nahezu nicht mehr ernst genommen werden kann. Die Firma Krupp hätte allen Anlaß, zunächst einmal still zu sein. Ich halte Wort für Wort aufrecht, was ich gesagt habe. Der Mühe, im Augenblick weiteres Material gegen die Firma vorzuführen, hat sie mich durch ihre Erklärungen überhoben. (Lachen und Zurufe rechts.) Sie kommen schon noch zu der gewöhnlichen Sensation, nur an einer Stelle, wo sie sie nicht erwarten. Ein Sachmann hat über die Firma Krupp gesagt, „daß unter allen wettstreitenden Kanonenfabriken keine so umfangreich und so systematisch mit anderen als technischen Mitteln arbeitet, als die Firma Krupp“. (Hört, hört! bei den Soz.) Das versteht wohl jeder. Der Kriegsminister, den der „Kokalanzeiger“ jetzt so heftig bekämpft, würde sich einen ausgezeichneten Rückhalt in der ganzen öffentlichen Meinung sichern können, wenn er die Enquete über die Rüstungslieferanten mit aller Rücksichtslosigkeit durchführte. Die Gefahr der Vertuschung liegt hier besonders nahe. Es sind gewaltige Kapitalisierungen, die die Rüstungen in der Hand haben, und aufs engste mit ihnen verflochten sind andere große kapitalistische Unternehmungen, Industrien und Banken. Das auswärtige Amt hat eine Enquete veranstaltet, wie weit ausländisches Kapital in deutschen gewerblichen Unternehmungen beschäftigt ist. Bei der engen Verbindung zwischen deutschen und ausländischen Unternehmungen ist das sehr schwer. Es werden starke Versuchungen an den Kriegsminister herantreten und er wird sich zu entscheiden haben, ob er als Herkules am Scheidewege die Sympathie der kapitalistischen Gruppen verschmerzen will, um die Sympathie der großen Massen zu gewinnen. Dillinger hat der Kriegsminister ja neulich von sich abgeschüttelt, aber sein Kollege vom Reichsmarineamt hat viel mit Dillinger zu tun. Einer der Unterzeichner des Briefes der Waffen- und Munitionsfabrik wurde, nachdem dieser Brief hier im Reichstag vorgebracht war, zum Mitglied des Herrenhauses ernannt, Herr v. Gontard. Ein Bruder von ihm ist Stützadjutant (Widerspruch rechts.) Also schon, dieser Widerspruch beweist, daß das übrige, was ich vorgebracht habe, wahr ist. Sie haben neulich die von mir aufgedeckten Mischenschaften auch mißbilligt; den dadurch hervorgerufenen guten Eindruck wollen Sie jetzt wohl verwischen, indem Sie an Kleinigkeiten herumfädeln. Die deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, die Fabrik Mauser, die österreichische Waffenfabrik in Wien und die Fabrik Nationale in Herstal in Belgien haben 1905 einen Vertrag geschlossen, worin sie sich bestimmte Länder garantieren. (Große Unruhe rechts.) Auf diese unartikulierten Laute, die von der rechten Seite ja gewohnheitsmäßig ausgestoßen werden, lege ich kein Gewicht. In dem Vertrag garantieren die Fabriken sich die Profite genau so, wie es mit dem Marinekonzern der Fall ist. Der österreichischen Fabrik wird z. B. Bulgarien und Rumänien überlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das zeigt die vollkommene Stuppellosigkeit und Vaterlandslosigkeit des Rüstungskapitals, und diese großen Patrioten wagen es, uns als vaterlandslose Gesellen zu beschimpfen. Die deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, die den Brief nach Paris geschrieben hat, versorgt u. a. auch Rußland. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir unterschätzen gewiß nicht den Einfluß der Militärkamarilla, als deren Repräsentant der deutsche Kronprinz in diesem Hause gegen den Reichskanzler demonstriert hat. (Präsident kämpft ruft den Redner zur Ordnung.) Nach den Verhandlungen des Reichstages, die hiebei Staub aufgewirbelt haben, hat gerade die „Post“ Ausfälle gegen Frankreich sich gestattet, gegen die sogar der Reichskanzler Front machen mußte. Wir zeigen der Bevölkerung, wie hinter dem glänzenden Prunk dieses patriotischen Gutes nur jener verfluchte Hunger nach Gold blinkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir müssen auch den Herren am Ballhausplatz in Wien sagen, sich den österreichischen Rüstungsinteressen gegenüber vorzuleben. Sonst würden die verbluteten österreichischen Soldaten sich trösten können mit dem Gefühl, daß an den Kanonen, von denen ihnen der Tod gesandt wurde, die österreichischen Kapitalisten ihren Profit haben. Es handelt sich nicht um ein Prestige des österreichischen Volkes, sondern höchstens der Diplomaten und für die Fehler der Diplomaten soll das Volk nicht bluten. Im Interesse des Friedens ist es nötig, vor aller Welt mit Fingern auf jene Kapitalisierungen zu weisen, deren Nahrung der Volkstrog, der Völkerräuber ist. Das Vaterland ist in Gefahr, aber nicht von außen her, sondern durch die Rüstungskapitalisten. (Leb. Beifall b. d. Soz. Zwischen rechts.)

Kriegsminister v. Heeringen: Auf die Angelegenheit Krupp gehe ich heute nicht mehr ein, sie liegt in der Hand der Gerichte. Daß frühere Offiziere, jetzige Beamte der Privatindustrie, Einfluß auf die Entschlüsse der Heeresverwaltung haben, muß ich entschieden in Abrede stellen. Ich vermahne mich auch dagegen, daß wieder von Verdunkelung und Vertuschung gesprochen wurde, ebenso daß ich Versuchen unterliegen würde. (Abg. Liebknecht: Habe ich garnicht gesagt!) In dem Fall des mißhandelten Gardeulans wird, wie in allen anderen unterjocht, ob die Vorgesehen eine Schuld trifft. Bei dem Grundstücksgefall handelte es sich nicht um einen Wunsch des Militärkabinetts, und keineswegs hatten wir die Absicht, das Budgetrecht des Reichstages anzutasten. Sonst hätten wir Ihnen ja auch nicht die Vorlage unterbreitet, sondern sie ebenfalls unterzogen. (Große Heiterkeit.) Zur Ausübung der Kommandogewalt, die dem König zuteil und nicht dem Kriegsminister, braucht der König das Militärkabinet und eine Reihe anderer Instanzen. Die kleine Gruppe, die Angriffe gegen den Kriegsminister richtet, ist sicherlich nicht, wie der Abgeordnete Stücken glaubt, in der Armee zu finden. So degeneriert ist unsere Armee nicht. Wenn der Abgeordnete Stücken meine Stellung stärken wollte, so bin ich ihm für die gute Absicht dankbar, ich bedauere aber, seine Hilfe nicht annehmen zu können. Jeder Angriff seitens der Sozialdemokraten ehrt den preussischen Kriegsminister. (Beifall rechts, Lachen und Unruhe bei den Soz.)

Generalleutnant Stabs: Die Militärverwaltung ist stets bestrebt, Truppenübungsplätze so billig als möglich zu erhalten.

Liesching (Wpt.): Der Abg. Liebknecht kann doch nicht erwarten, daß unsere Waffenfabriken keine Bestellung für das Ausland annehmen. Sollen denn die Arbeiter, die sie beschäftigen brotlos werden?

Daase (W): Der Kriegsminister hat sich herausgenommen, zu sagen, die Angriffe von sozialdemokratischer Seite gereichen ihm zur Ehre. Diese Überhebung (Sturm. Unterbrechungen rechts, Zurufe: Unerhört und Anmaßung! Gegenrufe von den Soz.: Es ist eine Unverschämtheit! Eine Frechheit! — Präsident Kämpf ruft den Abg. Daase wegen des Ausdrucks „Überhebung“ zur Ordnung. — Erneute Zurufe b. d. Soz.: Unverschämtheit! — Präsident Kämpf ruft den Abg. Simon (S.D.) wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Zurufe b. d. Soz.: Wir alle nennen es eine Unverschämtheit!). Der Kriegsminister hat sich die Kontrolle des ganzen Hauses, also sämtlicher Mitglieder, gefallen zu lassen, und überdies keine versöhnungsmäßigen Bemerkungen, wenn er unsere Kritik in so verächtlicher und beleidigender Weise

abtat. Unsere Kritik hat auch genug zum Segen auch seiner Verwaltung bewirkt. Ob man das von seiner Lätigkeit sagen wird, ist noch abzuwarten. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.
Dr. Liebknecht (S.D., persönlich): Als ich vorhin von einem Bruder des Herrn v. Gontard sagte, er sei Stützadjutant, winkte General v. Wachs verneinend ab, und die Rechte brach in begeistertes Gelächter aus. Inzwischen teilte mir General v. Wachs mit, daß er sich geirrt hat, nicht ich. Die Herren haben sich also selbst ausgelacht. Vom Kriegsminister habe ich nicht gesagt, er unterliegt den Versuchungen, sondern ich habe ihn als getreuer Soldat gewarnt.

Beim Kapitel „Gouverneure und Kommandanten“ werden die Anträge des Zentrums und der Konservativen auf Wiederherstellung der gestrichlenen Posten abgelehnt.

Kriegsminister v. Heeringen erklärt, daß die Regierung bereit sei, 10 fürstliche Adjutanten als erspart in Abzug zu bringen. (Bravo!)

Beim Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ weist Zubeil (S.D.) erneut auf die Konkurrenz der Militärkapellen hin.

Beim Kapitel „Naturalverpflegung“ wird ein Antrag der Konservativen und Nationalliberalen auf Wiederherstellung der gestrichlenen Pferdegeld abgelehnt. Damit ist der Militärkretat erledigt.

Fortsetzung der dritten Staatsberatung Montag 3 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Der belgische außerordentliche Parteitag.

Brüssel, 24. April.

Der vom Streikomitee beschlossene außerordentliche Parteitag trat heute vormittag 10 Uhr im großen Saale des Brüsseler Volkshauses zusammen. Die Delegierten sind dieselben, wie die des Parteitages vom 23. März, der den Generalstreik beschlossen hatte; es war damals beschlossen worden, den Kongress nur zu vertagen, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen, sobald das Streikomitee eine Beschlusfassung über die Beendigung des Streiks würde herbeiführen wollen. Die etwa 1300 Delegierten waren am Mittwoch nachmittag von der Einberufung des außerordentlichen Parteitages telegraphisch benachrichtigt worden. Bei der Eröffnung der Vormittagsitzung sind etwa 1200 Delegierte anwesend, unter denen eine vorwiegend freundliche Stimmung zu herrschen scheint.

Als Vorsitzender fungiert der Abgeordnete Jurnemont. Der Parteitag beschließt, nur die Vertretung der Parteipresse des In- und Auslandes zu den Verhandlungen zuzulassen. Im Auftrage des Streikomitees hält Genosse Ansele ein kurzes Referat, in dem er zunächst den Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen schildert, die zur Annahme der Vermittlungsresolution Masson geführt haben. Er betont dabei besonders, daß das Kammervotum vom Dienstag eine Niederlage der um Woeffe gruppierten „unversöhnlichen“ Kerikalen bedeutet. Diese hätten zunächst den Ministerpräsidenten de Broqueville gezwungen, in dem gekürzten Protokoll über die Kammer Sitzung vom 17. April den Passus seiner Rede zu streichen, in dem es hieß, die verprohene Wahlrechtskommission werde „auch die Reform des legislativen Wahlrechts“ erörtern dürfen. Als dann der liberale Abg. Masson seine Vermittlungsresolution vorlegte, wodurch die Kammer die Erklärung de Broquevilles einschließlich der Worte „auch das legislative Wahlrecht“ zur Kenntnis nimmt, beantragt Herr Woeffe, der Regierung durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung das Vertrauen der Kammer auszusprechen. Von diesem Antrag Woeffe sei in der entscheidenden Sitzung am Dienstag keine Rede mehr gewesen, und Herr Woeffe selber hätte dort bezeichnenderweise den Mund nicht aufgemacht; die Wucht der überwältigenden Demonstration, die die Arbeiterklasse durch den Generalstreik hätte den Widerstand der Woeffe-Gruppe gebrochen. Der kerikale Abgeordnete Liebaert hätte dann allerdings als Amendement zur Resolution Masson einen Passus aus einer früheren Vermittlungsresolution des liberalen Führers Symans beantragt und durchgeführt, wodurch der Generalstreik mißbilligt und verurteilt wird. Das Urteil der bürgerlichen Mehrheit der Kammer über die Anwendung des Generalstreiks könne uns jedoch durchaus kalt lassen. Damit dokumentiert sie eben nur, wie sehr sie sich durch die Anwendung dieses Kampfmittels getroffen fühlt. Bei der Wuchtprobe zwischen der Regierung und der Arbeiterklasse hätte sich die letztere als die mächtigere erwiesen. Mehr als das, was erreicht worden ist, ließe sich bei der gegenwärtigen politischen Konstellation — in Anbetracht der Tatsache, daß die Kerikalen allein über eine Majorität von 16 Stimmen verfügen und daß auf die Hilfe der Liberalen nur in sehr begrenztem Maße zu rechnen ist — keinesfalls erreichen. Deshalb solle man dem Streik jetzt ein Ende machen und mit dem Gefühl der Freude über den errungenen Sieg wieder an die Arbeit gehen. Mehr noch als über den parlamentarischen Erfolg solle man sich dabei über das glänzende Wohlgelingen des Streiks an sich erfreuen, der eine Demonstration der Energie und der Disziplin der Arbeiterklasse eines großen Landes gewesen sei, wie sie die Welt noch nicht gesehen. Wir wollen denn auch nicht darauf verzichten, im weiteren Verlaufe des Kampfes diese Waffe erneut anzuwenden; darum beantragen wir, daß das Komitee für das gleiche Wahlrecht und den Generalstreik (kurz Streikomitee genannt) bestehen bleiben soll. Der Verfassungsrevision ist freie Bahn geschaffen; wir werden ihr auf dieser Bahn tüchtig weiterhelfen bis zum Siege! (Stürmischer Beifall.)

Simon (Namur) wirft der Fraktion Laichheit vor; sie hätte im Parlamente während des Streiks energisch auftreten und nicht für die Vermittlungsresolution Masson stimmen sollen, dann wäre vielleicht eine günstigere Lösung gefunden worden. Inzwischen sei auch jetzt so viel erreicht, daß sich der Abbruch des Streiks empfehle.

Banderwilde: Nicht in der unzufriedenen Stimmung des Besten oder des Enttäuschten, sondern in dem freundlichen Bewußtsein eines großen Sieges sollte die Arbeiterklasse die Arbeit wieder aufnehmen. Sogar unsere Gegner müssen den Erfolg unserer Bewegung anerkennen; die belgischen kerikalen Blätter tun das freilich nicht, dafür müssen konservative Zeitungen des Auslandes, wie die englische „Times“ und das französische „Journal des Débats“, uns diese Anerkennung zollen. Unser Sieg hätte freilich noch vollständiger sein können; aber dafür, daß wir imstande sein werden, ihn zu vervollständigen, bürgt ja der Erfolg unseres Streiks als solcher. Nach dieser gewaltigen Mobilisation, deren Umfang und ruhiger Charakter unsere Erwartungen übertroffen hat, sehe ich ein, daß ich im Unrecht war, als ich mich auf dem Parteitage vom 23. März gegen die Erklärung des Streiks aussprach. Die Mehrheit, die mehr Vertrauen hatte zu der Arbeiterklasse, als ich es damals magte, hat Recht behalten. (Stürmischer Beifall.) Die Kritik, die Genosse Simon an der Haltung der Fraktion geübt hat, ist ungerechtfertigt. Wenn die Fraktion während der Zeit, wo wir die kämpfenden Arbeiter zur Ruhe und Kaltblütigkeit anspornen mußten, in einer Art aufgetreten wäre, die im entgegengelegten Sinne als solches Beispiel hätte wirken können, dann hätte sie freilich die schärfsten Vorwürfe verdient. Der Kampf wurde ja draußen im Lande ausgefochten, und wir

im Parlamente mühten vorsichtig manövrieren, um letzten Erfolg nicht zu gefährden. Wir konnten nicht anders als für den Antrag Masson stimmen, der den Premierminister auf die für die Wahlrechtsreform günstigen Worte festlegte, die er aus dem Protokoll hatte streichen wollen; wir haben dabei jedoch ausdrücklich betont, daß wir damit die Partei in bezug auf die Führung der Streikbewegung nicht binden wollten, und daß die Vertreter der Arbeiter selber, die den Streik beschlossen, zu entscheiden haben würden, ob und wann sie ihn beenden wollten. Wir haben einen Erfolg errungen in dreifacher Beziehung: vom parlamentarischen, vom allgemeinen politischen und vom sozialistischen Gesichtspunkte aus. Davon ist der parlamentarische Gesichtspunkt wohl der am wenigsten wichtigste, immerhin ist auch der nicht zu unterschätzen. Wir haben dem elenden Doppelspiel des Ministerpräsidenten de Broqueville ein Ende gemacht, der monatelang den Vertretern der Arbeiterpartei zulieferte: Hatte nur noch etwas Geduld, die Wahlrechtsreform ist nur eine Frage der Zeit — während er sich der kerikalen Mehrheit gegenüber als den unversöhnlichen Vertreter der Staatsraison und Retter der bedrohten bürgerlichen Ordnung zeigte. Jetzt ist er durch ein Votum der Kammer auf eine Erklärung festgelegt, die eine Kommission ins Leben ruft, die bereits in einigen Tagen ernannt werden soll und aus deren Beratungen unvermeidlich die Verfassungsrevision und das gleiche Wahlrecht hervorgehen werden. Und wenn man sehen will, welche bedeutendes politische Resultat wir erreicht haben, so vergleiche man eben nur den Zustand von heute, wo wir neben den Liberalen auch die christlichen Gewerkschaften, die Unabhängigen und die Christlich-Sozialen gezwungen haben, zugunsten des gleichen Wahlrechts Farbe zu bekennen, mit dem, in dem wir uns am 3. Juni des vorigen Jahres nach dem kerikalen Wahlsieg befanden. In den neun Monaten ist es uns gelungen, unserer Forderung nach politischer Gleichberechtigung eine solche Wucht zu verleihen, daß sie das ganze politische Leben des Landes beherrscht. Und endlich hat, vom Standpunkt der Endziele der sozialistischen Arbeiterbewegung, dieser großartige Generalstreik gewiß dazu beigetragen, das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und ihr Vertrauen zu ihrer eigenen Macht zu erhöhen. Die belgische Arbeiterklasse darf stolz sein auf das, was sie in diesen Tagen vollbracht. Vor einigen Wochen noch spielte der kerikale Abgeordnete Carton de Wiart an auf eine bekannte, auf einem Schwert gravierte Inschrift: Du sollst mich nicht ohne Vorzicht ziehen und mich nicht ohne Ehre wieder einstehen — und er meinte, die Arbeiterpartei werde das Schwert des Generalstreiks ohne Ehren wieder einstehen müssen, weil sie es ohne Vorzicht ziehen wolle. Nun, die Ereignisse haben ihn Lügen gestraft: das Schwert, das wir mit Vorzicht gezogen, stecken wir mit Ehren wieder in die Scheide, bis uns unsere Feinde wieder zwingen, es zu gebrauchen. Ich hoffe, daß kein zweiter Generalstreik mehr notwendig wird, um das gleiche Wahlrecht zu erringen; sollte es aber doch der Fall sein: wir kennen das Mittel, wir werden das Rezept nicht vergessen und wir sind stets zu neuem Angriff bereit. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Debant (Borinage) spricht zugunsten der Fortsetzung des Streiks. Wenn wir den Streik länger aushalten wollten, so wäre der Erfolg gewiß noch größer. Wir sollten uns nicht mit einer Kommission zufrieden geben, und die sofortige Verfassungsrevision fordern.

Thonet (Huy) spricht in demselben Sinne. Er meint, es seien zwei Fehler begangen worden: erstens hätte man den Antrag Masson nicht annehmen sollen, und zweitens hätte das Streikomitee den Parteitag durch den Antrag auf Beendigung des Streiks nicht beeinflussen sollen. Der Parteitag hätte vielmehr einberufen werden sollen, um über die Stellungnahme zum Antrag Masson zu beraten. Die Arbeiter von Huy sind gegen die Beendigung des Streiks, werden sich aber, falls die Mehrheit anders beschließt, selbstverständlich ihrem Beschluß fügen.

Es wird ein Antrag zur Geschäftsordnung angenommen, wonach nur noch die eingetragenen Redner, die gegen die Resolution des Streikomitees sprechen wollen, das Wort erhalten sollen, worauf Genosse Desirée das Schlusswort erhalten soll.

Wolfaert (Brüssel) übt an der Haltung der Fraktion Kritik, die schuld sei, daß eine Resolution angenommen wurde, die zweideutig ist, und spricht die Vermutung aus, daß das Einbringen des Antrags Masson nicht ohne Kenntnis der sozialistischen Fraktion geschehen sei. (Stürmischer Widerspruch und Zurufe.)

Bobyn und Tillmans (beide aus Brüssel) sprechen noch in demselben Sinne, und ihre Ausführungen rufen ebenfalls laute Protestrufe hervor.

Dezrée erklärt zunächst, daß der liberale Abg. Masson seinen Antrag eingebracht, ohne daß irgend jemand von der sozialistischen Fraktion davon wußte; hätte man ihn (Dezrée) um sein Urteil gefragt, so hätte er sogar vom Einbringen des Antrages abgeraten, der ungeschickt abgefaßt war und zu früh kam, in einem Augenblick, wo der Streik noch nicht seinen Höhepunkt erreicht hatte. Uebrigens sei der Wortlaut der parlamentarischen Formel, die daraufhin angenommen sei, weniger wichtig, als der moralische Einfluß des Streiks auf die öffentliche Meinung und auf die Arbeiterklasse selber. Man müßte blind sein, um diesen Einfluß zu leugnen. Der Streik wird auch eine gewaltige Ausdehnung unserer Organisation zur Folge haben: unsere Volkshäuser, die sich dieser Tage als zu klein erwiesen, werden zu klein bleiben. Wir haben es erreicht, daß in letzter Zeit überall nur noch vom Streik und vom Wahlrecht gesprochen wird. Sogar im Parlamente! (Heiterkeit.) Und wenn das, was man dort sagt, uns etwas weniger befriedigt, so eben, weil es das Parlament ist. Ist es nicht eigentümlich, daß gerade die Genossen, die für den Antiparlamentarismus Sympathien hegen, den Wert des Parlamentarismus so überschätzen, daß sie die belgische Arbeiterklasse in einem langen Kampfe ihre Kräfte erschöpfen lassen möchten, damit dann eine parlamentarische Formel herauskommt, von der sie erhoffen, sie werde etwas günstiger sein, als die jetzt erreichte? Wir brauchen unsere Kraft noch für die kommenden Kämpfe. Was die Auffassung betrifft, wir hätten einen Parteitag einberufen müssen, um über die Stellungnahme zur Resolution Masson zu beraten, so beruht die auf einer völligen Verkennung der Tatsache. Wenn wir darum einen Parteitag einberufen hätten, so wäre das überall als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden, und die Wirkung wäre die denkbar schlechteste gewesen.

Wir dürfen hier nicht auseinandergehen, ohne allen, die dieser Tage für die Wahlrechtsfrage gekämpft, für ihre tapfere und besonnene Haltung Dank zu sagen. Kein Tropfen Blut fließt an unseren Händen. Wir haben unsere Kraft nicht gleich im ersten Ansturm erschöpft, wir bewahren sie auf für die kommenden Kämpfe, denn in der zu ernennenden Wahlrechtskommission wird das Gespenst des stets weiter drohenden Generalstreiks den Vorstoß führen müssen! (Stürmischer wiederholter Beifall.)

Der Vorsitzende verliest ein sehr herzlich unterzeichnetes Telegramm der englischen Independent Labour Party, die die belgische Arbeiterpartei zu dem errungenen Erfolge beglückwünscht. (Beifall.) — Bei der Abstimmung stehen dem Antrag des Streikomitees zwei andere Resolutionen gegenüber, die die Fortführung des Streiks verlangen. Ueber die Resolution des Streikomitees zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit, deren Wortlaut bereits mitgeteilt wurde, wird zunächst und zwar mit Handaufheben, abgestimmt. Die Resolution wird mit etwa Vierfünftelmehrheit angenommen. Das Resultat der Abstimmung wird mit Rufen „Es lebe die A“

weiterpartei! Hoch das gleiche Wahlrecht! begrüßt, in die auch die Genossen der Minderheit einstimmen. — Im Schlusswort spricht der Vorsitzende Furnemont die Erwartung aus, daß die Arbeit am Freitag einmütig und ruhig wieder aufgenommen wird.

Soziales.

Ueber sozialdemokratische Wirtschaft in den Krankentafeln wissen unsere Gegner immer nicht genug zu erzählen. Können sie auch keine Beweise für ihre Behauptungen erbringen, so hoffen sie doch, daß von den Verleumdungen immer etwas hängen bleibt. Wie die angebliche Wirtschaft in einer Krankentafel aussieht, in der die Arbeiter die Leitung haben, möge der Bericht der allgemeinen Ortskrankenkasse in Stolp in Komm. zeigen. In dem einen Jahre 1912, wo die "Noten" die Verwaltung in der Hand haben, erzielte die Kasse einen Ueberschuß von 21 051,20 Mk., trotzdem nach verschiedenen Seiten hin Mehrausgaben zu machen waren. So wur-

den z. B. für ärztliche Behandlung 22 070,40 Mk. gegen 20 161,65 Mk. im Jahre zuvor gezahlt. An Krankengeld erhielten die Mitglieder 26 293,89 Mk. gegen 25 642,59 Mk. im Jahre 1911. Die Unterstützung für Wöchnerinnen betrug 1912: 4535,— Mk. und im Jahre 1911: 3323,75 Mk. In den letzten sechs Jahren war eine Mitgliederzunahme von 196 männlichen und 1919 weiblichen Personen zu verzeichnen. Hiervon entfielen allein auf das Jahr 1912: 104 männliche und 663 weibliche. Bekanntlich ist die Zahl der Krankheitsfälle bei den weiblichen Versicherten wesentlich höher als bei den männlichen. Das war auch in dem Berichtsjahre wieder der Fall. Wenn die Kasse trotzdem so gut abgefaßt hat, so liegt auf der Hand, daß die neue Leitung besser wirtschaftete. Besonderes Augenmerk richtete die Verwaltung auf die faumfälligen Unternehmer; 23 von ihnen mußten der Kasse 853,65 Mk. an Rückkosten erstatten. Im Vorjahre kamen 9 Unternehmer mit 407,87 Mk. in Frage. Dem Reservefonds wurden 1912: 18 117,54 Mk. und im Jahre 1911: 3511,99 Mk. zugeführt. Ferner wurde beschlossen, das Krankengeld von 50 Prozent auf 60 Prozent zu erhöhen bei gleichbleibenden Kassenbeiträgen.

Wenn man das „sozialdemokratische Wirtschaft“ nennen will, kann man sich ruhig gefallen lassen.

Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 26. April.

Auftrieb 1940 Schweine. Markt ruhig getäumt. Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 66.— bis 67.— (53.— bis 53,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 66.— (— bis 53,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 66.— bis 66,50 (51,50 bis 52,—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65.— bis 66.— (50,50 bis 51,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60.— bis 64.— (45,50 bis 48,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 62.— bis 63.— (49,50 bis 50,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 58.— bis 60.— (45.— bis 47,—).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Karl Häuer & Co. Wallhalbinsel. Fernr. 891

Bienenfleiß konkurriert nicht mit Kunsthonig sondern mit echtem Bienenhonig.

Zentralverband der Schiffszimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck. **Nachruf.** Am Sonnabend, dem 26. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schiffszimmermann **Ernst Bohm** im 66. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken! **Der Vorstand.** Seitern abend 10¹/₄ Uhr starb nach langem schweren Leiden meine liebe Frau (3452)

Elise Eggers geb. Fennert im 79. Lebensjahre. Tief betrauert von mir und allen, die ihr nahe standen.

Fr. Eggers, Gr. Kiebau 6. Beerdigung am Mittwoch, dem 30. April, 11 Uhr vormittags, von der Leichenhalle Burgtor aus.

Ein Wurstkessel zu kaufen gef. Fleischhauerstr. 86. I. Verloren am Sonntag **rote Korallen-Halskette** v. Sadowastr. bis Schwartauer Markt. Es wird gebet. dieselbe gegen Belohn. abzugeben Sadowastr. 30, II. (3442)

Leere Farbetonnen vorräg. Expedition d. „Lüb. Volkshoten“.

Verlauf lebender Buß am Dienstag, dem 29. April 1913 vormittags von 8 Uhr ab an der **Solstenbrücke, Gutiner Brücke, Sültertortorbrücke und Drehbrücke.**

Komitee- und Kommissionssitzungen

V. u. A. Mittwoch, den 30. April 1913 abends 8¹/₄ Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50—52.

Am Sonnabend nachmittag entschlief sanft nach schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schiffszimmermann (3438)

Ernst Bohm im 66. Lebensjahre. Tief betrauert von den Seinen. **Marie Bohm geb. Wilhelmi** und Familie. **Sübek, den 27. April 1913.** Grunstraße 30.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 30. April, vorm. 8¹/₄ Uhr, in der Kapelle Burgtor statt.

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bäckerei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden **Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde** (Sitz Stuttgart) bel. Für den geringen Jahresbeitrag von **nur M 4.80** (dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reichillustrierten Monatshefte
2. Anskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther, Was ist Elektrizität?; Dannemann, Wie unser Weltbild entstand; Dr. Fieberle, Kriechtiere u. Lurche fremder Länder; Prof. Dr. Wenke, Die Urgesellschaft u. ihre Lebensursorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmerkungen selbst jede Buchbestellung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart. Probehefte und Prospekte postfrei

Fra Diavolo komische Oper in 3 Aufzügen von D. F. C. Auber. Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, dem 4. Mai, sind **Textbücher à 20 Pfg.** bei uns zu haben. **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Außergewöhnlich vorteilhafte Angebote für **Mai-Einkäufe!**

3 Serien **Haushaltungsschürzen** extra weit Blusen- und Miederfasons, aus guten Stoffen

Serie I	Serie II	Serie III
Stück 88 ^g	Stück 1.45 ^{M.}	Stück 1.95 ^g

Weißer Damenblusen mit reich. Spitzen- u. Stickereibes., hochgeschlossen u. ausgeschnitt. Stück **95** ^g **1.35** **1.75** **1.95** **2.25** ^{M. usw.}

Farbige Wollpopeline-Damen-Blusen ganz auf Futter gearbeitet **3.75 4.45 4.85** ^{M.} Aus eigenen Stoffen angefertigte

Frauen-Waschblusen für die Arbeit, auch in großen Nummern Stück **1.05 1.58 1.95 2.45 2.95** ^{M.}

Ein **Damen-Kostüm** aus dunkelblau reinw. Cheviot **15.50 19.50 23.50** ^{M.}

Hemdentuche aus billigen Abschlüssen mittellädig 72 cm breit Meter **33** ^g großlädig 80 cm breit Meter **38** ^g besonders weich u. schön 80 cm breit Meter **48** ^g

Waschstoffe für Mädchen- und Hauskleider Zephirstoffe in hübschen Mustern, 70 cm breit Meter **48 58** ^g Ia. baumw. Stoffe doppelbreit Meter **50 78 88 95** ^g

Damen-Leibwäsche behandle ich als Spezial-Artikel und unterhalte darin ein riesiges Lager. Sehr vorteilhaft sind 3 Serien Hemden mit Vorder- oder Achselschluß

Serie I	Serie II	Serie III
Stück 1.10 ^{M.}	Stück 1.58 ^{M.}	Stück 1.95 ^{M.}

Gelegenheitskauf: Ca. 2000 Paar **Cord-Pantoffeln** mit genähter Linoleumsohle für Damen große Kinder kleine Kinder Paar **48** ^g Paar **40** ^g Paar **33** ^g

Ca. 2000 Paar **Plüsch-Pantoffeln** mit echter, einwandfreier Ledersohle für Damen große Kinder kleine Kinder Paar **85** ^g Paar **75** ^g Paar **68** ^g

Ein Posten **Damen-Handtaschen** aus imit. Leder u. gutem Leder Stück **5.95** ^{M.} bis **68** ^g

Ein Posten hell gestreifte **Sommer-Unterröcke** Stück **88** ^g **98** ^g **1.35** **1.88** bis **3.95** ^{M.}

In der Abteilung **Betten u. Aussteuer-Artikel** wird mir besonderer Wert auf gediegene erprobte Qualitäten gelegt.

Durch gemeinsamen Einkauf mit ca. 120 im Einkaufsverband Norden in Hamburg zusammengeschlossenen Firmen bin ich in der Lage, unübertroffene Vorteile zu bieten.

Otto Albers

Kohlmarkt 10. Lübeck. Markt 4. Sonntag, den 4. Mai ist mein Geschäft bis 6 Uhr abends geöffnet.